

LUST AUF MORGEN

Impulse der Kommissionen



LUST AUF MORGEN

Liebe Genossinnen und Genossen,

die schmerzlichen Niederlagen bei den Wahlen 2017 und 2018 waren ein wiederholter Weckruf! Unsere SPD braucht neue Ideen, ein geschärftes Profil und lebendiges Parteileben. Wir müssen prüfen, ob wir für die wichtigen Themen noch die richtigen Antworten geben. Wir müssen Traditionen hinterfragen und uns für neue Arbeitsweisen öffnen. Schon deshalb ist wichtig, dass unser Reformprozess mittlerweile Fahrt aufgenommen hat. Bundesweit diskutieren wir über Anforderungen an den Sozialstaat, die Arbeit der Zukunft, unser Wirtschaftsmodell, den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Ordnung in der globalen Welt.

Früher als in anderen Teilen der Republik haben wir in Schleswig-Holstein den Reformprozess beherzt aufgegriffen. Spätestens mit unserem außerordentlichen Landesparteitag im November 2017 in Neumünster haben wir konkrete Maßnahmen ergriffen. Dazu gehört, dass wir gemeinsam über den Landesparteirat drei Kommissionen eingesetzt und sie gebeten haben, uns für den ordentlichen Landesparteitag im März 2019 konkrete Vorschläge für die Parteireform vorzulegen.

Dies haben wir mit vielfältigen Möglichkeiten zur Beteiligung umgesetzt. Bereits zum Jahreswechsel 2017/18 hatten wir hierfür alle Mitglieder postalisch oder per Mail angeschrieben. Viele haben sich zurückgemeldet, einige hatten sich beworben. Der Landesparteirat hatte die schwierige Aufgabe, aus allen Bewerbungen insgesamt 20 Personen je Kommission auszuwählen und dabei die Kriterien zu beachten, die ihm der Parteitag, aber auch die Mitglieder des Parteirates sich selbst aufgegeben hatten: Mitglieder aus Landesvorstand, Kreisverbänden, Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereinen wie auch Landtags-, Bundestags- und unsere Europaabgeordnete sollten dabei sein. Eine paritätische Besetzung aus Frauen und Männern, wie auch die Berücksichtigung älterer und jüngerer sowie neuer und erfahrener Mitglieder waren ein wichtiges Ziel. In der Regel fanden die Treffen und Online-Beratungen parteiöffentlich statt.



Auftakttreffen der Kommission 1
(v.l.n.r.: Elke Krüger-Krapoth, Nina Scheer, Rene Hendricks)

Fast ein Jahr lang haben die Mitglieder der Kommissionen mit interessierten Gästen beraten:

- Wie schärfen wir unser Profil als Schleswig-Holstein-Partei? Welche Antworten auf die Fragen unserer Zeit muss die SPD geben? (Kommission „Programm und Profil“)
- Wie können wir offener unsere politische Arbeit gestalten und viele Menschen einbeziehen? (Kommission „Parteorganisation und –prozesse“)
- Was braucht es an Personalentwicklung, um auch in Zukunft als Partei auf allen Ebenen aktiv zu sein, Talente zu erkennen und zu fördern? (Kommission „Mitgliederentwicklung und Talentförderung“)

Bei unserem PerspektivCamp am 30. Juni in Neumünster haben wir mit vielen Mitgliedern über ganz viele Aspekte gesprochen. Bei weiteren Gelegenheiten haben wir Zwischenergebnisse der



Perspektivcamp - Kommission 3
Sophie Bachmann moderiert

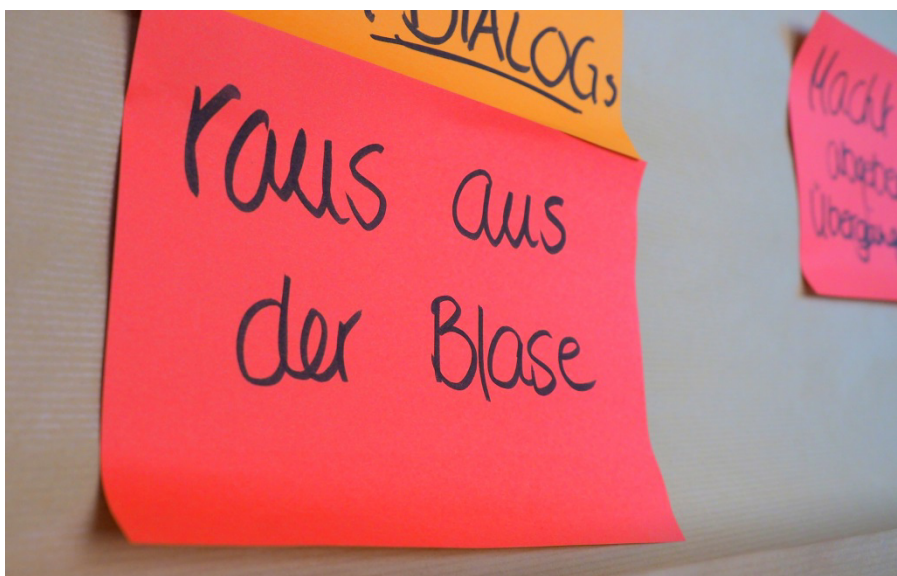
Kommissionen parteiöffentlich rückgekoppelt und diskutiert, so bei der Sitzung des Landesparteirates am 25. August oder auch bei dem außerordentlichen Landesparteitag am 3. November 2018.

Am 14. Januar 2019 haben die Kommissionen bei einer Sitzung des Landesparteirates ihre Ergebnisse präsentiert und offiziell der Partei übergeben. Auf der Website des Landesverbands stehen die Ergebnisse allen Interessierten zur weiteren Beratung zur Verfügung. Sie werden sicherlich ein guter

Fundus an vielerlei Ideen sein, die unsere Partei bereichern können. Wir wollen sicherstellen, dass alle wichtigen Debatten hierfür auf dem nächsten ordentlichen Parteitag geführt werden.

Wir wünschen uns, dass alle Gliederungen (Ortsvereine, Kreisverbände, Arbeitsgemeinschaften etc.) die Vorschläge der Kommissionen diskutieren und sich in die Debatte zur Parteireform einbringen. Zusätzlich zu vielen Aktivitäten dort wird der Landesverband zu vier Regionalkonferenzen (6. Februar, 12. Februar, 14. Februar und 19. Februar) einladen, um so eine breite Diskussion auf allen Ebenen in unserem Landesverband anzuregen.

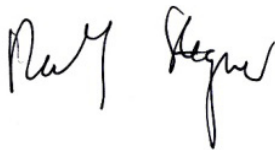
Der Landesvorstand selbst wird auf einer Arbeitssitzung am 21. Januar 2019 die Vorschläge der Kommissionen sichten, Anträge stellen und Empfehlungen formulieren. Um den Umgang mit den vorliegenden Ergebnissen und Vorschlägen der Kommissionen satzungskonform und rechtssicher auszugestalten, wird der Landesvorstand eine Beratungsgrundlage für den Landesparteitag erstellen. Den Mitgliedern der Kommissionen soll auf dem ordentlichen



Landesparteitag die Möglichkeit gegeben werden, ihre Ergebnisse vorzustellen und ggf. zu begründen.

Wir danken schon jetzt allen, die sich in diesen Prozess einbringen und ihn bereichern. Einer der wichtigsten Sätze in unserem Beschluss lautet: „Dieser Beschluss richtet sich an die gesamte Partei und fordert zum Mitmachen auf.“ Wir brauchen alle und wir werden nur etwas substantiell ändern können, wenn alle mithelfen. Und: Wenn wir unser programmatisches Profil und die Attraktivität unseres Parteilebens nicht nur als aktuelles Projekt, sondern als ständige Aufgabe begreifen.

Mit solidarischen Grüßen



Ralf Stegner, Landesvorsitzender



Olaf Schulze, Vorsitzender des Landesparteirats

Impulse der Kommission I

„Profil und Programm“

Mitglieder der Kommission

Landesvorstand	Kreft, Enrico Scheer, Nina
Kreisverbände	Schramm Lothar (Steinburg) Balyk, Layma (Plön)
Ortsvereine	Hendricks, René (Selenter See Süd) Julius, Barbara (Bad Oldesloe) Klein, Melanie (Henstedt-Ulzburg) Lange Patrick (Bunsoh) Lembke, Jutta (Dassendorf) Lieder-Hein, Andrea (Lübeck-Travemünde) Petermann, Astrid (Schönkirchen) Schalnat, Lars (Vorwerk-Brolingplatz-Waisenhof) Seidel, André (Lübeck-Mühlentor-West) Wulf, Lennart (Osterrönfeld)
Arbeitsgemeinschaften	Krüger-Klaproth, Elke (AfB) Vollmeyer, Jan (ASJ)
Landtagsfraktion	Hölck, Thomas Poersch, Regina
MdB-Landesgruppe/MdEP	Rix, Sönke Rodust, Ulrike

Vorbemerkungen

Die folgenden Thesen sind als **Vorschläge** zu verstehen, auf welche Themen sich die schleswig-holsteinische SPD in den nächsten Jahren konzentrieren könnte. Wir haben die Außenwirkung in den Blick genommen – und nicht etwa eine Auswertung der Beschlussdatenbank zum Beispiel in Hinblick auf Übereinstimmung mit dem Hamburger Programm. Wir haben uns **bewusst nicht auf schleswig-holsteinische Themen begrenzt**, weil die politische Positionierung der schleswig-holsteinischen SPD (ebenso wie der Einwohnerinnen und Einwohner) nicht an die Kompetenzen des schleswig-holsteinischen Landtags gebunden ist.

Die Kommission regt an, dass sich die schleswig-holsteinische SPD zur Profilierung auf wenige Themen begrenzt. Hierzu sollten Konzepte, wiedererkennbare und klar der SPD zuzuschreibende Botschaften und ggf. auch Kampagnen entwickelt werden. Die Frage „Wofür steht die Nord-SPD“ sollte von jeder Einwohnerin/jedem Einwohner Schleswig-Holsteins einfach und gleichlautend zu beantworten sein. Da wollen wir hin!

Naturgemäß sind die unten aufgelisteten Themen Querschnittsthemen – alles hängt mit fast allem zusammen. Andere Zuordnungen sind möglich! Zudem hat die Kommission ihren Auftrag so verstanden, **Themenvorschläge für eine Überarbeitung des Parteiprogramms** zu liefern, nicht aber einen Entwurf für ein Parteiprogramm. Sollte sich der Parteirat diesen Vorschlag zu eigen machen, bliebe die weitere Ausgestaltung den Parteigremien vorbehalten.

Die Thesen im Überblick

Die SPD braucht ein klares Konzept für Arbeit und soziale Sicherheit!

Während die politische Konkurrenz fleißig an neuen Sozialstaatskonzepten bastelt, wird in der SPD über einzelne Punkte der längst überholten Agenda 2010 diskutiert. Stattdessen sollte die SPD erklären und begründen:

Was ist Arbeit? Wie stellt sie sich das „normale“ Arbeitsverhältnis vor? Was muss der Staat in Zeiten der Digitalisierung, Globalisierung und Ungleichheit machen, um Erwerbsarbeit mit guten Löhnen zu sichern? Was sind die richtigen Mittel zur Verringerung der Einkommens- und Vermögensungleichheit? Welche Leistungen soll der Staat wann und unter welchen Bedingungen gewähren? Wie soll er sie finanzieren?

Beste Bildung, lebenslang und kostenfrei für alle!

Die SPD muss ihre Kompetenz beim Thema Bildung zurückgewinnen:

Die SPD darf sich nie wieder bei ihrem Herzensthema von Konservativen links überholen lassen, siehe Wiedereinführung von G9 in Schleswig-Holstein. Dazu muss klar sein, was eine sozialdemokratischen Bildungspolitik ausmacht und worin unsere Überzeugungen im Unterschied zu der moderat konservativen derzeitigen Bildungspolitik liegen.

Digitalisierung, menschlich, sicher und durch uns gestaltet!

Die SPD braucht mehr Kompetenz und Ideen beim Thema Digitalisierung!

Die SPD muss erklären, was Digitalisierung ist und begründen, wie sie die Digitalisierung gestalten und zum Wohle Aller regulieren möchte.

Nachhaltigkeit als Gebot der Gerechtigkeit!

Nachhaltiges Handeln ist ein Gebot der Gerechtigkeit - auch zur Vermeidung von Fluchtursachen und zur Sicherung von Frieden. In diesem Sinne steht die SPD für Energiewende, Klima- und Ressourcenschutz. Die SPD muss Ängste nehmen und Lust auf Neues schaffen. Sie darf sich nicht als Vertreterin einzelner Interessen begreifen, sondern orientiert sich am Gemeinwohl. Der Schutz von Lebensgrundlagen ist Grundbedingung für Gerechtigkeit und Ausdruck von Verantwortung gegenüber der Weltgemeinschaft sowie nachfolgenden Generationen. Wirtschaftspolitik muss mit den planetaren Grenzen vereinbar sein. Umwelt-, Umwelt- und Klimaschutz ist dabei auch Gesundheitsschutz.

Wir in Europa als Antrieb einer gerechten und solidarischen Welt!

Die SPD hat den Anspruch, Europapartei zu sein, macht daraus aber zu wenig. Die SPD muss ihr Europaverständnis klarstellen und Begeisterung für Europa wecken. Die SPD muss zudem ihr außenpolitisches Profil weiter schärfen und Anspruch und Wirklichkeit stärker in Einklang bringen. Hierbei gilt es sich von den anderen Parteien stärker als bisher abzugrenzen.

Der Ostseeraum und internationale Gerechtigkeit

Die SPD hat eine traditionsreiche Geschichte der Ostseeraumkooperation. Wie kann diese ins 21. Jahrhundert überführt werden? Wie verbinden wir unsere regionale Kooperation mit internationalen Gerechtigkeitsfragen?

Die SPD muss ihren Internationalismus praktisch werden lassen!

Zur inhaltlichen Ausgestaltung der Thesen

Wir brauchen ein Konzept für Arbeit und soziale Sicherheit!

Als Partei der Arbeit muss die SPD für begriffliche Klarheit sorgen: Was bedeutet Arbeit im 21. Jahrhundert? Der Begriff der Arbeit ist entscheidend für die Diskussion um die Reform der sozialen Sicherungssysteme. Wir benötigen ein strategisch auf den Zeitraum bis zum Jahr 2030 angelegtes Konzept, das konkrete Antworten auf die aktuellen Fragen gibt und über das Kapitel „Gute Arbeit für alle“ im Hamburger Programm hinausgeht. Wo stehen wir? Wo wollen wir hin? Was ist wann zu tun?

Die Kommission I ist überzeugt davon, dass die Sozialdemokratie - auch und gerade im Hinblick der digitalen Transformation - die Partei der Erwerbsarbeit sein und bleiben muss. Die **Erwerbsarbeit ist der Motor für das gesamte Gemeinwohl und die sozialen Sicherungssysteme.**

Die Erwerbsarbeit wird der Gesellschaft auch durch den konstanten Wandel nicht ausgehen. Sie wird sich aber dramatisch ändern: Hier sehen wir den Auftrag der **SPD, Anwalt der Menschen und vor allem Gestalter der neuen Arbeitswelt** zu sein und zu bleiben.

Die gegenwärtigen Diskussionen zu Reformbedarfen oder zum Fortbestand der sozialen Sicherungssysteme sollten hierbei berücksichtigt und mit dem **neuen Konzept** beantwortet werden: Wie stehen wir zu SGB II-Sanktionen? Wie sieht unser **Rentenkonzept** (Höhe der Rente, Eintrittsalter und Finanzierung) aus oder wie stehen wir zu einem (bedingungslosen/solidarischen) **Grundeinkommen**?

Diskussionsansätze für ein neues Arbeits- und Sozialstaatskonzept:

- Der Anteil der tarifgebundenen Arbeitsverhältnisse ist seit vielen Jahren rückläufig, wohingegen **prekäre und atypische Beschäftigungsverhältnisse** zunehmen. Die Sozialdemokratie sollte Lösungen aufzeigen, wie dieser **Trend umgekehrt werden kann**. Was muss getan werden, um zur **Stabilisierung der Tarifbindung** die **prekären und**

atypischen Beschäftigungsformen zurückzudrängen? Welche Rolle soll der Staat bei der Gestaltung nicht tarifgebundener Arbeitsverhältnisse einnehmen (z.B. bei der Festsetzung der Höhe des Mindestlohns, bei der Begrenzung von Managergehältern)? Wie können **Allgemeinverbindlicherklärungen** von Tarifverträgen vereinfacht, **Flächentarifverträge ausgeweitet** und die **gewerkschaftliche Bindung in den Unternehmen gestärkt** werden?

- Die SPD sollte stärker aufzeigen, welche **Nachteile eine weitere Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts** hat. Das derzeit geltende Arbeitszeitrecht in Deutschland ist hoch flexibel. (Die SPD sollte klar Arbeitnehmerinteressen vertreten und Forderungen nach weiterer Flexibilisierung zurückweisen: Die FDP möchte das Arbeitszeitgesetz bestimmt nicht deshalb anpassen, um Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken!)
- Das Konzept sollte **knappe** und auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stoßende **Kernbotschaften** haben (z.B. Forderung des **Sechs-Stunden-Tags** bei vollem Lohnausgleich – was auch ein immenser Beitrag zur Gleichstellung wäre!)
- Die Sozialdemokratie sichert durch den staatlich garantierten Schutz bei Unfall, Krankheit, Pflege, Weiterbildung, Erwerbslosigkeit und im Alter die Menschen ab – hin zum Sozialstaat 4.0.
- Und wir müssen stärker und wahrnehmbarer für Einkommensgerechtigkeit eintreten. Dienstleistungs- und besonders soziale Berufe müssen deutlich bessergestellt werden, Auszubildende brauchen in allen Bereichen eine Mindestvergütung.
- **Vermögensungleichheit muss bekämpft werden!** In Deutschland verharrt die Vermögensungleichheit auf sehr hohem Niveau. Neben **Einkommensgerechtigkeit** muss in Zukunft auch **Vermögensgerechtigkeit** wieder ein zentrales Ziel der SPD werden. Neben einer **progressiven Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und Schenkungen** unter Gewährung einmaliger, lebenslanger Freibeträge kann eine **Beteiligung an Vermögen**, etwa im Rahmen eines staatlichen, unabhängigen und durch eine Ethik-Kommission kontrollierten **Vermögensfonds**, einen wichtigen Hebel darstellen, um eine **breite Teilhabe an Erträgen und weltweitem Wachstum** zu ermöglichen.
- Ist der Begriff der Arbeit auf Lohnarbeit zu reduzieren, oder ist ein **erweiterter Arbeitsbegriff sinnvoll**, um so mehr gesellschaftliches Engagement zu ermöglichen und

zu honorieren und bspw. auch **Solo-selbstständige unter gewerkschaftlichen und sozialstaatlichen Schutz** zu stellen?

- Wie gehen wir mit **unbezahlter, aber gesellschaftlich bedeutsamen Tätigkeiten** um? Ehrenamt, häusliche Pflege, Engagement in der Gesellschaft: Kann Arbeitszeit und Arbeitsentlohnung so gestaltet werden, dass durch **Reduzierung der Wochenarbeitszeit** und einer **Entlohnung der Freiwilligen- oder Familienarbeit** ein umfassendes Arbeitsverständnis in unserer Gesellschaft entsteht? Wie kann in diesem Zusammenhang Freiwilligen- und Familienarbeit entlohnt und auch **mit für die Rente angerechnet** werden? Das Prinzip der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss wieder zum Leitprinzip sozialdemokratischer Politik werden.

Beste Bildung, lebenslang und kostenfrei für alle!

- ist ein Gebot gesellschaftlicher Gerechtigkeit und der Anker unserer sozialen Gesellschaft.
- sichert Lebens- Entwicklungs- und Teilhabechancen und sorgt für die Schaffung gleichwerter Lebensverhältnisse.
- setzt in Familie und Lebensgemeinschaften an und sorgt **lebensbegleitend** für Entwicklungsmöglichkeiten.
- adaptiert zukünftige gesellschaftliche, ökonomische und politische Entwicklungen.
- umfasst alle Generationen und sozialen Gruppierungen gleichermaßen.
- nutzt die Möglichkeiten der Digitalisierung und **bereitet auf digitale Veränderungsprozesse vor**.
- basiert auf der Erkenntnis, dass Bildung ein lebenslanger, lebensbegleitender Prozess ist.
- stellt den Menschen in seiner Vielfalt in den Mittelpunkt und fordert eine **ganzheitliche am Individuum orientierte Herangehensweise**.
- unterstreicht den Modellcharakter der **Gemeinschaftsschulidee** als „**Eine Schule für alle**“.
- ist ein Eckpfeiler unserer Demokratie und sieht demokratische Lehrinhalte als eine Querschnittsaufgabe aller Bildungsangebote.
- sorgt für demokratisch verfasste Bildungsinstitutionen.
- organisiert Bildungsprozesse demokratisch.

- denkt den Dreiklang „Bildung – Arbeit – Gesellschaft“ gemeinsam und sichert **nahtlose Übergänge von der Ausbildung in den Beruf**.
- ist dabei der Motor **nachhaltiger** gesellschaftlicher Entwicklung.
- ist in ein nahtloses, **durchlässiges System** gebettet.
- fördert **Individuelle** Lern- und Qualifizierungsbiografien.
- bietet vielfältige Chancen für „Neustarts“ und Sonderwege.

Digitaler Fortschritt: menschlich und sicher und durch uns gestaltet!

Die Digitalisierung bringt Chancen und Risiken mit sich. Sie hat unser Leben in den letzten zehn Jahren bereits stark verändert und wird es in den nächsten zehn Jahren noch viel stärker verändern. Das führt zu Sorgen und Ängsten – von der Sorge vor staatlicher und wirtschaftlicher Überwachung bis hin zur Angst vor Globalisierung, Arbeitsplatzverlust, Armut und Bedeutungslosigkeit. Darauf muss **die SPD reagieren, indem sie einerseits mächtige Gestalterin digitaler Prozesse wird** und andererseits **als Schutzmacht auftritt**, die die Menschen vor negativen Auswirkungen der Digitalisierung bewahrt.

Die digitale Transformation muss im Allgemeinen, wie alle anderen Arten von Technologieeinsätzen auch, entsprechend **zum Wohle der Menschen begleitet und reguliert** werden.

Sie muss im Besonderen in der Arbeitswelt durch eine durchgreifende Ordnungs- und Schutzfunktion begleitet werden.

Die Digitalisierung ist als Querschnittsthema vor allem mit den Themen Arbeit, Bildung, Europa und Globalisierung verknüpft:

Die Arbeit verändert sich, aber sie geht uns nicht aus. Nur in den wenigsten Berufen werden alle Tätigkeiten durch Maschinen ersetzt werden, aber in fast allen Berufen einige automatisiert. Das stellt die Beschäftigten vor neue Anforderungen. Der Großteil derer, die 2030 arbeiten werden, steht schon heute im Berufsleben. Nur über einen **breiten Zugang zu Aus- und Weiterbildung können wir allen die Teilhabe an der digitalisierten Arbeitswelt ermöglichen.**

In der Bildung muss die **Digitalisierung fester Bestandteil des Lehrplans** werden. Das geht weit über das einfache Bedienen eines Computers oder Tablet-Klassen hinaus. Kindern muss von klein auf **pädagogisch der Umgang mit den Medien beigebracht werden**. Sie müssen begreifen, dass sie längst Teil der digitalen Gesellschaft sind und es muss bereits in jungen Jahren ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, wie die Digitalisierung jeden Einzelnen beeinflusst.

Ein schneller Internetanschluss ist mittlerweile genauso wichtig wie Strom und Wasser. Deshalb muss der Ausbau des **5G-Netzes und der Breitbandanschlüsse** basierend auf „Fiber to the Home“ überall in Deutschland geschehen, auch auf dem Land.

Entlang der Pazifikküsten treiben Digitalpioniere eine Wirtschafts- und Sozialordnung voran, die man als libertär (Kalifornien) bzw. totalitär (China) bezeichnen muss. Für uns Europäer geht es darum, dem ein **Wertemodell Europas** entgegenzustellen. Wir brauchen ein Betriebssystem für die **digitale soziale Marktwirtschaft**, das auf **Partizipation, Gemeinwohl, fairem Wettbewerb und Verbraucherschutz** basiert.

Gerade im digitalen Zeitalter braucht es den Staat, um die Sicherheit und Souveränität seiner Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen zu schützen. Dabei geht es vor allem um die **Sicherheit im Cyberspace**, aber auch die **Durchsetzung von Werten und Normen im digitalen Raum durch demokratisch legitimierte Akteure**.

Digitalisierung muss **Werkzeug** und Katalysator sein für das, was uns wichtig ist: **Gemeinwohl, Zusammenhalt, Souveränität und Emanzipation**. Darum brauchen wir diese Debatte für eine echte Strategie der Digitalisierung in Deutschland und Europa.

Nachhaltigkeit als Gebot der Gerechtigkeit!

Klimaschutz, nachhaltiges Wirtschaften, Ressourcenschutz, Ökologie und Umweltschutz sind zentrale gesellschaftspolitische Themen, deren sozialpolitische Dimension die SPD verstärkt aufgreifen und gleichberechtigt mit sozialen Themen in den Vordergrund stellen muss.

Soziale Gerechtigkeit braucht ökologische Gerechtigkeit!

Der Klimawandel und der Verbrauch endlicher Ressourcen wirken schon jetzt als Faktor sozialer Ungerechtigkeiten. Der Klimawandel und der Verbrauch endlicher Ressourcen wirken schon jetzt

als Faktor sozialer Ungerechtigkeiten. Solange einzelne Gruppen mehr Ressourcen verbrauchen als verträglich, nehmen sie anderen etwas weg und führen ihr Leben auf Kosten dieser und zukünftiger Generationen. Dieses Verhältnis muss ins Gleichgewicht gerückt werden. Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen. Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch schädigen zunehmend auch die Gesundheit. Die Ärmsten sind die am ersten und stärksten Betroffenen. Hohe Emissionen wohlhabender Staaten und besser gestellter gesellschaftlicher Schichten haben Dürren, Luftverschmutzung und die Erderwärmung zur Folge. Dies führt dazu, dass Menschen krank werden oder sogar aus ihrer Heimat fliehen und dass aufgrund sich verknappender Ressourcen Kriege geführt werden. Die weltweite Abhängigkeit von fossilen Ressourcen schürt Konflikte; der Umstieg auf Erneuerbare Energien ist damit auch gesundheits- und eine friedenspolitische Aufgabe.

Beschleunigter Umstieg auf Erneuerbare Energien

Zentral ist das Ziel eines vollständigen und zu beschleunigenden Umstiegs auf Erneuerbare Energien und Ressourcen. Es nützt nichts, wenn Autos zukünftig durch fossile Brennstoffe betrieben werden. Deshalb darf es keine Subvention von fossilen Energien mehr geben. **Das Energiewende-Pionierland Schleswig-Holstein soll beim Ausbau Erneuerbarer, insbesondere der Windenergie, aber auch bei Speichern, Sektorkopplung und intelligenten Netzen Vorreiter sein bzw. bleiben.**

Als Technologie und Exportnation trägt Deutschland eine besondere Verantwortung: dezentral, unter Beteiligung der Menschen vor Ort. So können auch Wertschöpfung in ländlichen Räumen sowie eine Entlastung urbaner Zentren erreicht und Wohnraummangel reduziert werden. **Wir wollen die Erderwärmung auf 1,5 °C begrenzen**, wie es im Pariser Klimaabkommen vereinbart wurde. Dazu müssen die **CO₂ Emissionen spätestens bis 2050 auf null** reduziert werden. Es darf nicht um ein Recht auf 2 Grad Klimaerwärmung, sondern es muss um so wenig CO₂ wie möglich gehen.

Dieses Ziel muss über den Umstieg auf Erneuerbare Energien und die weitere Reduktion von CO₂ erreicht werden, hingegen nicht über einen Ausbau von Atomenergie, wie dies in einigen Szenarien auch des Weltklimarates zu finden ist. **Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken oder gar neue Wege der Atomenergienutzung lehnen wir ab.** Wir sollen zudem den europäischen und letztlich weltweiten Atomausstieg erreichen. Der EURATOM Vertrag soll in

einen Vertrag zur Förderung erneuerbarer Energien, innovativer Speichertechnologien und Energieeinsparungen (EURONEW) umgewandelt werden.

Mit einem Umstieg auf Zukunftstechnologien wird **ein sozialverantwortlich ausgestalteter Kohleausstieg bis 2030** gelingen – im Zeichen von Gesundheitsvorsorge, zur Schaffung von Arbeit, auch für die heute in der Kohlewirtschaft Beschäftigten und für Wettbewerbsfähigkeit heimischer Wirtschaft. Erneuerbare Energien müssen in Kombination mit Speichern und intelligenten Netzen Atom- und fossile Energien verdrängen – und nicht umgekehrt. Hierfür müssen Anreize geschaffen werden. Ökologische Nachhaltigkeit darf nicht auf dem Rücken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erreicht werden.

Energiearmut trifft die Schwächsten in der Gesellschaft. Wir fordern **deswegen eine Abkehr von Privatisierung in der Energiewirtschaft einschließlich der Netzinfrastuktur**, da dies dem **Daseinsvorsorgeauftrag** entgegen läuft, den es bei Energie auch zur Vermeidung von Energiearmut geben muss. **Der Zugang zu Energie ist auch eine Frage gesellschaftlicher Teilhabe.** Daseinsvorsorge-Aufgaben, wie etwa die Energieversorgung müssen auf europäischer Ebene ein stärkeres Gewicht gegenüber dem Europäischen Binnenmarkt erlangen. Dies betrifft auch die Anforderungen von Ausschreibungen, die zu keiner Verdrängung kommunaler und kleiner privater Anbieter bzw. Unternehmen führen dürfen. Mit Kooperativen und genossenschaftlichen Energieunternehmen können vor Ort Gemeinschaften, Initiativen und regionale Wertschöpfung geschaffen und damit auch gesellschaftliche Strukturen in ländlichen Räumen gestärkt werden. Dies muss auch mit entsprechenden Rahmenbedingungen gefördert und gestärkt werden.

Mobilität

Nachhaltige Mobilität bedeutet für uns sowohl den Umstieg auf alternative Antriebe und Erneuerbare Energien als auch, die Abhängigkeit von Individualverkehr durch Alternativen, insbesondere an öffentlichen Angeboten zu reduzieren. **Umweltschäden wirken sich als Belastungen von Gesundheit und Volkswirtschaft aus und müssen einen Preis bekommen**, etwa in Form einer Schadstoffbepreisung. Die verpasste frühere Weichenstellung für nachhaltige Mobilität darf nicht auf Verbraucherinnen und Verbraucher abgeladen werden, wenn ihnen keine leistbaren Alternativen zur Verfügung stehen. Damit die **Mobilitätswende** nicht zum Hebel sozialer Ausgrenzung wird und um gesellschaftliche Spaltung zu vermeiden, müssen

insbesondere in der Phase des Strukturwandels und der Markteinführung alternativer Antriebe gesonderte Anreize und Förderungen geschaffen werden. Es müssen vielmehr **klimaschonende Alternativen attraktiv und kostengünstig angeboten** werden.

Zugleich kann der **Individualverkehr** nicht länger so ausgestaltet werden wie bisher. Autos mit Verbrennungsmotoren sind nicht nachhaltig und zudem ist die Belastung der Verkehrsinfrastruktur zu Stoßzeiten extrem und ineffizient. Deshalb sollen zukünftig **nachhaltige und effizientere Lösungen gefördert** werden. Dazu gehört der konsequente **Ausbau** einer leistungsfähigen **Fahrradinfrastruktur** insbesondere in Städten. Neue Technologien wie zum Beispiel E-Bikes ermöglichen es immer mehr Menschen sich CO₂ neutral fortzubewegen. Städte wie Kopenhagen und Amsterdam sind positive Beispiele in benachbarten Staaten, in denen sich bereits jetzt ein Großteil der Menschen vor allem mit dem Fahrrad fortbewegt. Die **Elektromobilität muss den Verbrennungsmotor zeitnah ersetzen**. Um die Elektromobilität zu fördern sollte etwa, wie in Norwegen, die Mehrwertsteuer beim Kauf von Elektroautos entfallen.

Verstärkt muss in **Infrastruktur für Elektromobilität investiert werden**, um sie in der gesellschaftlichen Breite nutzen zu können. Dies betrifft unter anderem die verstärkte Forschungs- und Fertigungsförderung von **Speicherbarkeit** als auch den öffentlichen Parkraum mit **Ladestationen** und **Wasserstoff-Tankstellen**. Auch nachhaltig gewonnene Biokraftstoffe zählen zum **Mix alternativer Antriebstechnologien**. Es muss angereizt werden, **Erneuerbaren Energien auch für Mobilität sektorübergreifend einzusetzen**.

Der zweite Bereich eines nachhaltigen Mobilitätskonzepts ist der **öffentliche Verkehr**. Die Bereitstellung entsprechender Infrastruktur ist staatliche Aufgabe. Das Angebot des öffentlichen Verkehrs muss sich stetig verbessern. Dazu darf der öffentliche Verkehr in der staatlichen Förderung gegenüber dem motorisierten Individualverkehr nicht schlechter gestellt werden. Mit wachsendem Angebot öffentlicher Verkehre muss Förderung von Individualverkehr abgebaut werden. **ÖPNV muss kostengünstig gestaltet werden**, auch um die Straßen und ihre AnwohnerInnen in Ballungszentren zu entlasten. **Langfristig muss er kostenlos werden**. Gleichzeitig müssen aber auch die damit verbundenen Bedarfe gedeckt werden. Im Gegenzug soll die **Subventionierung umweltschädlicher Verkehrsmittel eingestellt** werden.

Auch der **Fernverkehr muss nachhaltig** werden. Die Unzuverlässigkeit von Zügen ist für viele ein Grund, lange Strecken mit dem Auto oder Flugzeug zurückzulegen. Die Angebote und deren

Zuverlässigkeit müssen deutlich **ausgebaut** werden, sodass bereits **die höhere Taktung der Angebote für bessere Anschlussmöglichkeiten sorgt und mehr Flexibilität bietet**. Für mehr Zuverlässigkeit müssen **Fahrpläne zudem bundesweit aufeinander abgestimmt** werden. Zudem bedarf es auch eines systematischen **Ausbaus der Schieneninfrastruktur** durch den **Neu- und Ausbau sowie die Wiederinbetriebnahme von Trassen** auch unter Berücksichtigung transeuropäischer Netze, die **vollständige Elektrifizierung aller Hauptstrecken und die Einführung von Wasserstoffbetrieben oder weiteren Alternativen für (zunächst) für Nebenstrecken**. **Erprobung und Einführung von nachhaltigen Lösungen wie etwa Wasserstoffantrieben auf Nebenstrecken**. Der Ausbau muss sich dabei an dem bundesweiten Fahrplan orientieren und die Taktung erheblich erhöhen.

Insgesamt gilt es, den **Schienenverkehr als die ökologischere Alternative im intermodalen Wettbewerb zu stärken**. Dafür müssen zum einen etwa durch **Senkung der Trassennutzungsentgelte** oder die Anwendung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auch auf Fernverkehrstickets die Kosten des Schienenverkehrs gesenkt, zum anderen fehlgeleitete Subventionen anderer Verkehrsträger, wie die **Privilegierung von Kerosin im Rahmen der Energiesteuer oder von Fernbussen im Rahmen der LKW-Maut, aufgehoben werden**. Zudem müssen ökologischen Schäden, die Transporte auf der Straße verursachen, in die LKW Maut eingepreist werden.

Auch den **Güterverkehr gilt es von der Straße weg** auf andere Verkehrsmittel zu **verlagern**, seien es Lastenräder und alternative Transportkonzepte für den Lieferverkehr in Großstädten, die Ausnutzung der Möglichkeiten der Binnenschifffahrt, oder auch hier eine Verlagerung auf die Schiene.

Industrie

Unser derzeitiges Wirtschaftssystem braucht Wachstum um zu funktionieren. Dieser Umstand bringt im Klimaschutz große Herausforderungen mit sich. Global gesehen hat Wachstum bisher **steigende klimaschädliche Emissionen** mit sich gebracht. Diese Entwicklung muss aufgehalten werden. Ein bereits installiertes Instrument ist der europaweite Emissions- bzw. Zertifikatehandel. Damit er die erforderliche klimapolitisch lenkende Wirkung erzielt, muss die Zahl der **Zertifikate deutlich schneller verringert werden und ein entsprechend lenkender Mindestpreis eingeführt werden**. Die Handelsperioden sind allerdings rein zeitlich so

ausgestaltet, dass der Emissionshandel für das Erreichen der benannten Umwelt- und Klimaschutzziele absehbar nicht reichen wird. Insofern sind **ergänzende Modelle zur Emissions- bzw. Schadstoffbepreisung erforderlich, die auch national oder bilateral zu verfolgen sind**. Auch eine **europäische Steuer auf CO₂**, die direkt in den Haushalt der EU fließt, muss verfolgt werden.

Die SPD muss aufhören, als Verteidigerin von veralteten und klimaschädlichen Industrien aufzutreten. Es überzeugt nicht, einerseits den Vorrang der Politik vor der Wirtschaft behaupten und andererseits bei Großunternehmen, die fortwährend gesetzliche Bestimmungen missachten und massiv gegen Gemeinwohlinteressen verstoßen, Gnade vor Recht walten lassen. Viele Produktionsprozesse haben negative Auswirkungen auf die Umwelt. Die Auswirkungen von Luftverschmutzung und ähnlichem werden in der Besteuerung dieser Güter nicht angemessen berücksichtigt. Dadurch haben die entsprechenden Unternehmen Wettbewerbsvorteile gegenüber klimaschonenden Produzent*innen, die teurere Verfahren im Sinne des Klimaschutzes in Kauf nehmen. Dieser Ungerechtigkeit wollen wir entgegenwirken und **umweltschädliche Nebeneffekte in der Besteuerung berücksichtigen**.

Ein wirksames Instrument kann dabei eine steuerpolitische Ausrichtung am Leitbild der **Gemeinwohlökonomie** sein. Danach sind Steuerentlastungen für umwelt-, klima- (und auch sozialpolitisch) gemeinwohlorientierte Unternehmensausrichtungen und Mehrbelastungen bei gemeinwohlbelastenden Produktionsweisen bzw. Produkten auszugestalten.

Wir wollen **auf eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft hinwirken**. Dazu gehört es, den Bedarf an umweltschädlichen Stoffen zu reduzieren oder vollständiges Recycling zu gewährleisten. Das bedeutet auch, dass Müll nur dann exportiert werden darf, wenn eine fachgerechte Entsorgung gewährleistet werden kann.

Landwirtschaft, Umwelt und Ernährung

Die **nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft** kann einen erheblichen Teil des Schutzes von Biodiversität und des Klimaschutzes einnehmen: **Die Ernährung des Menschen muss Vorrang vor Futtermittelproduktion** haben, insbesondere wenn mit Agrarflächen für Futtermittelanbau große Verluste von Regenwald und Biodiversität verbunden ist. Wir brauchen eine **Extensivierung der Landwirtschaft** – auch zum Schutz vor Nitrateinträgen ins Grundwasser.

Der Einsatz von Nanotechnologie, Agro-Gentechnik, Pestiziden und Antibiotika muss dem Vorsorgegrundsatz gerecht werden.

Im Zeichen von Daseinsvorsorge gilt es den gerechten Zugang zu natürlichen und nachhaltig verwendeten Ressourcen zu gewährleisten und Artenvielfalt – **Saatgutvielfalt** eingeschlossen – zu erhalten. **Vor diesem Hintergrund lehnen wir die Patentierung von pflanzlichen bzw. organischen Organismen sowie den Einsatz von Agro-Gentechnik ab.**

Europäische Billigexporte insbesondere von Lebensmitteln beispielsweise nach Afrika wollen wir durch die **Abschaffung der europäischen Agrarsubventionen** aus der ersten Säule verhindern. Ein Umbau der Landwirtschaft hin zu ökologischer Produktion soll durch Subventionen und Investitionen in digitale und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft für einen überschaubaren Zeitraum sichergestellt werden. Langfristiges Ziel ist die Abschaffung jeglicher Agrarsubventionen.

Wir müssen Mobilität, die Energieversorgung und Produktionsweisen neu gestalten sowie eine nachhaltige Landwirtschaft erreichen – auch als Grundlage für gesunde Ernährung.

Europa – eine kritische Bestandsaufnahme

Die europäische Union ist derzeit gekennzeichnet durch mannigfaltige Krisen. Eine **Krise der Repräsentation und Zustimmung**, die sich durch das Wachstum rechtspopulistischer Parteien Ausdruck verleiht, **eine Krise der Demokratie und die Wirtschaftskrise von 2008** die immer noch nicht vollständig überwunden ist. Diese schwierige Entwicklungsphase zwingt uns die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte und insbesondere die verfehlte Krisenpolitik der EU selbstkritisch zu betrachten.

Kern der genannten Krisen ist ein **Wettbewerbsmodell**, welches die europäischen Länder zwingt in den Bereichen der Sozial-, Arbeitsmarkt und Steuerpolitik gegeneinander zu konkurrieren. Die deutsche Sozialdemokratie hat diesen Wettbewerb mit der Agendapolitik verstärkt und in der stärksten Wirtschaftsmacht und dem größtem Profiteur Europas eine **rein exportorientiertes Wirtschaftsmodell** aufgezwungen.

Diese Entwicklung führte zu wachsenden wirtschaftlichen Ungleichgewichten zwischen den Mitgliedsstaaten und wachsenden Außenhandelsdefiziten insbesondere in Südeuropa. Dies

führte zu einer wachsenden Ablehnung der Europäischen Union und ihrer Institutionen bis hin zum Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU. Erst durch das entstandene Chaos ist die Zustimmung zur EU wieder gestiegen. Diese Chance muss für eine **Reform** genutzt werden. Denn uns ist klar die gestiegene Zustimmung ist nicht nachhaltig, sollten die tieferliegenden Probleme und Ungleichgewichte in der EU nicht abgebaut werden.

Demokratisches Europa

Nationale Handlungsspielräume in der Geld-, Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden in den kommenden Jahrzehnten beschnitten ohne dass **erweiterte supranationale Kompetenzen** mit einer hinreichenden Demokratisierung der politischen Entscheidungsfindung hinzugewonnen werden konnten.

Diese Diskrepanz wird von populistischen Parteien aufgegriffen und die Rückkehr zum Nationalstaat gepredigt. Diese Forderung kann auf fruchtbaren Boden fallen, da ein Verlust von Souveränität und demokratischer Kontrolle der Politik nicht angemessen durch europäische Einflussmöglichkeiten ausgeglichen wurde. Ein Beispiel war das griechische Nein zu den vorgeschlagenen Sparmaßnahmen der sogenannten Troika, welches ignoriert wurde.

Die derzeitige Zustimmung zur europäischen Idee muss unserer Meinung nach für eine **umfassende Demokratisierung** des europäischen Projektes genutzt werden.

Wir wollen deswegen mit einem **Demokratieplan** zur Europawahl antreten, welcher folgende mittelfristigen Projekte umfassen soll:

- Ein neuer Anlauf für eine **europäische Verfassung**! Es soll ein Verfassungskonvent geben in dem gewählte Repräsentant*innen der Mitgliedsstaaten sowie Vertreter*innen der Zivilgesellschaft über die zukünftige demokratische Ausgestaltung der Europäischen Union diskutieren. Anschließend soll ein Verfassungsentwurf in allen Mitgliedsstaaten zur Abstimmung gestellt werden.
- Ein europäisches **Parlament mit Gesetzesinitiativ- und Haushaltsrecht**, welche den Namen verdienen. Das Parlament soll effektiv und aktiv für die Interessen der Europäischen Bürgerinnen und Bürger einsetzen können.

- Die Ersetzung des Minister*innenrates und des Europäischen Rates durch eine **zweite Kammer** ähnlich des deutschen Bundesrates. Gesetze bedürfen der Zustimmung im Parlament, wie der zweiten Kammer.
- Die Ausweitung **von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit** gegenüber dem Einstimmigkeitsprinzip um Europa aus seiner gegenwärtigen Stagnation zu führen.
- Die europäische Kommission soll eine **richtige Regierung** werden die direkt vom europäischen Parlament gewählt werden soll. Hierfür ist die Reduktion der Anzahl der Kommissare notwendig. Der Einfluss der Mitgliedstaaten soll durch eine zweite Kammer mit stärkerem Gewicht kleinerer Mitgliedsstaaten ausgeglichen werden.
- Die Eurogruppe darf **nicht länger eine informelle Institution** ohne demokratische und parlamentarische Kontrolle bleiben. Sie muss einen ständigen Vorsitzenden erhalten, der eine automatische Doppelfunktion als Mitglied der Europäischen Kommission ausübt und den Parlamentarier*innen der Eurozoneländer gegenüber rechenschaftspflichtig ist.
- Der Europäische Gerichtshof soll ausgebaut und gestärkt werden und nach der Annahme einer europäischen Verfassung in ein **europäisches Verfassungsgericht** überführt werden.
- Die Wahl zum Europäischen Parlament soll von der Staatsbürgerschaft entkoppelt werden. Jeder Mensch, der sich seit einem Jahr in der EU aufhält soll das **Recht auf eine demokratische Wahl** bekommen.
- Das aktive und passive Wahlalter soll einheitlich auf 16 Jahre festgesetzt werden.
- Daseinsvorsorge soll im Europäischen Recht verankert werden.
- Freihandelsverträge sollen zu Fairhandelsverträgen umgestaltet und verhandelt werden.

Diese Maßnahmen sind geeignet das **Demokratiedefizit der EU zu bekämpfen**. Dieser Demokratieplan muss aber durch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik ergänzt werden, welche für alle Europäerinnen und Europäer funktioniert.

Eine EU für alle Mitgliedsstaaten

In einer Union ist eine Angleichung von Standards „nach unten“ politisch einfacher durchsetzbar als eine Angleichung von Standards „nach oben“. Dies kann vor dem Hintergrund

unterschiedlicher Rechtstraditionen, normativer Politikdifferenzen und sozialpolitischer Organisationsprinzipien zu Spannungen führen.

Am meisten leiden die Länder an der europäischen Peripherie und gerade für diese Länder sind **gemeinsame Lösungen in Fragen der Sozial-, Wirtschafts- und Migrationspolitik** entscheidend. Dies kann kurzfristig auch über eine Ausweitung nationaler Handlungsspielräume in einzelnen Fragen beispielsweise der Fiskal- und Haushaltspolitik geschehen.

Die europäische Sozialdemokratie muss die kommende Europawahl zu einer Abstimmung über ein **erneuertes Sozialmodell für Europa** machen! Es besteht die Gefahr, dass allein über die Frage nach mehr oder weniger Europa gesprochen wird und die Frage wie Europa konkret aussehen soll vernachlässigt wird. In solch einer Konstellation kann die SPD nur verlieren, da Grüne und AfD in dieser Frage die wahrnehmbarsten Positionen haben.

Für uns ist klar wir kämpfen nicht nur gegen die Feindinnen und Feinde Europas, sondern auch **gegen pro-europäische Technokrat*innen** mit ihrem „Business as Usual“ sowie **gegen Marktradikale**, die mit ihrer Sparpolitik und Deregulierung Europa an den Abgrund geführt haben.

In einem sozialdemokratischen Europa werden die Interessen der Bürgerinnen und Bürger über das Profitstreben von Banken und Konzernen gestellt. Die **Verursacher*innen der Wirtschafts- und Finanzkrise werden zur Kasse** gebeten und ihre Folgen nicht mehr auf dem Rücken derjenigen bewältigt, die auf einen starken Sozialstaat angewiesen sind. **Ein gerechtes Europa muss Umverteilung von Reich zu Arm organisieren, dass Steuer- und Bankensystem harmonisieren, Steuerflucht bekämpfen und endlich wieder in die Zukunft von jungen Menschen investieren.** Dafür wollen wir insbesondere die Eurozone zu einer politischen, wirtschaftlichen und **sozialen Union** ausbauen.

Die Sozialdemokratie muss sich deswegen insbesondere für folgende Forderungen für ein soziales Europa einsetzen:

- Die Schaffung eines **Euro-Finanzministeriums sowie -Ministers*in** und einer **Kammer der Eurozonenmitglieder** im Europaparlament sowie eines von Haushalt der EU getrennten Eurozonen-Haushalts um eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik zu ermöglichen.

- Ein **Umverteilungsmechanismus** ähnlich des deutschen Länderfinanzausgleichs in der Eurozone. Keine Währungsunion ist jemals ohne eine derartige „Transferunion“ ausgekommen. Kurzfristig sollen bestehende Programme wie der **Europäische Sozialfonds, und die Europäische Investitionsbank ausgebaut werden**.
- Die Einführung europäischer Steuern. Hierbei bieten sich insbesondere eine spekulationshemmende **Finanztransaktionssteuer von 0,1% sowie eine Plastiksteuer** an.
- Eine **Vergemeinschaftung von Schulden durch Eurobonds** damit sich Länder, die unter einem starken Euro leiden günstig refinanzieren können. Hierbei soll sichergestellt werden, dass jedes Land seine eigenen Schulden bezahlen muss aber es eine gemeinschaftliche Garantie gibt, dass Schulden zurückgezahlt werden.
- Die EZB soll durch den **Ankauf von Staatsanleihen** für niedrigere Refinanzierungskosten der Staaten sorgen, damit diese notwendige Reformen umsetzen können. Mittelfristig muss es Ziel sein die Geldpolitik der EZB auf die **Förderung von Wachstum und Beschäftigung** auszurichten.
- Ein Ausbau des **europäischen Investitionsprogrammes** in Höhe von einem Prozent des europäischen BIP pro Jahr gerade in Anbetracht düsterer ökonomischer Zukunftsaussichten. Öffentliche Investitionen sollen nicht mehr verschuldungswirksam gemäß den Maastrichtkriterien sein.
- **Mindeststeuersätze für Unternehmenssteuern** um den Unterbietungswettbewerb innerhalb der EU zu beenden. Hierbei soll auch eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer erarbeitet werden.
- Der entschlossene **Kampf gegen Steuerhinterziehung, Gewinnverschiebung und Steueroasen**. Kernziel muss es sein, dass ein Unternehmen in dem Land wo es Gewinne erwirtschaftet auch Steuern zahlt.
- Die Einführung **europäischer Sozialversicherungen** bzw. zumindest eine Teileuropäisierung bestehender Sozialversicherungen. Insbesondere die Arbeitslosenversicherung bietet sich im Anbetracht eines europäischen Arbeitsmarktes an.
- Der einseitige Fokus auf Verschuldung und Haushaltsdisziplin hat viel Schaden angerichtet. Der Fokus muss sich in Zukunft auf eine gemeinsame fiskalische Politik, welche die Ungleichgewichte in Europa abbaut richten.

- Eine **Jugendgarantie, als Teil einer umfassenden aktiven Arbeitsmarktpolitik**, die allen Menschen unter 30 Chancen gibt eine Ausbildung oder ein Studium aufzunehmen. Das Studium muss in allen europäischen Staaten kostenfrei sein und finanziell gefördert werden um allen jungen Menschen Chancen zu bieten. Wir lehnen Gebühren für die Aufnahme von Ausbildungen ab und kämpfen für **europäische Mindestausbildungsvergütungen**. Dieser Forderungen sind insbesondere für Staaten mit hoher Jugendarbeitslosigkeit zentral.

Diese Forderungen sind zentral um eine **andere ökonomische Logik innerhalb der EU** und Eurozone durchzusetzen. Unsere Mutterpartei auf europäischer Ebene muss sich diese Forderungen dementsprechend zu Eigen machen.

Lehren aus der Krise ziehen

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass der **Kapitalismus ein krisenhaftes Wirtschaftssystem** ist. Trotzdem wurden bisher unzureichende Lehren aus der letzten Krise des Kapitalismus von 2008 gezogen. In Anbetracht der Gefahr einer erneuten Krise muss die europäische Sozialdemokratie entschlossen handeln!

Maßnahmen zur Krisenprävention müssen unserer Ansicht nach folgende Punkte beinhalten:

- Eine **strukturelle Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts**, die die EU auf eine Politik des Ausgleichs des Außenhandels und die EZB auf die makroökonomischen Ziele Europas verpflichtet.
- Die Einführung einer eigenen **Refinanzierungsbank für die europäischen Staaten**, um diese völlig unabhängig vom privaten Kapitalmarkt und der politisch motivierten Spekulation zu machen.
- Den Aufbau einer starken **europäischen Finanzaufsicht** über transnationale Banken und Finanzinstitute.
- Die Schaffung einer **öffentlich-rechtlichen europäischen Ratingagentur** zur Bewertung der Stabilität der Finanzmärkte und –produkte damit die Dominanz bestehender Ratingagenturen, welche in der vergangenen Krise versagt haben, gebrochen wird.
- Die wirtschaftliche und rechtliche **Trennung von Geschäftsbanken und deren Funktion von Investmentbanken** und Investmentbanking, so dass das spekulative Investmentgeschäft nicht weiter durch Staatshaftung und Steuergelder gestützt wird.

- Stärkere Regulierung und mehr **Transparenz bei Hedge und Private Equity Fonds**, wie zum Beispiel mit der Einführung einer Bardepotpflicht.
- Die Lobbymacht der Finanzindustrie muss gebrochen werden. Initiativen wie Financewatch müssen gestärkt werden, um im komplexen Feld der Finanzregulation eine kritische Öffentlichkeit und **kritisches Fachwissen** entgegenzustellen.

Der Ostseeraum und internationale Gerechtigkeit

Sozialdemokratische Europapolitik kann und muss regional erfahrbar sein. In Schleswig-Holstein hat die SPD zu Recht eine Geschichte erfolgreicher Projekte und Zusammenarbeit im Ostseeraum. Aus unserer Geschichte heraus wollen wir diese Zusammenarbeit weiterentwickeln und insbesondere den **Blick Richtung Skandinavien** richten.

Ein großer Erfolg der letzten sozialdemokratischen Landesregierung war, dass Schleswig-Holstein als Beobachter im Nordischen Rat mitwirken kann. Die Zukunft kann nur bedeuten eine **Vollmitgliedschaft im Nordischen Rat** anzustreben um an der Entwicklung der Nordischen Länder mitzuwirken!

Außerdem wollen wir die **Zusammenarbeit mit unseren Schwesterparteien der PES** im Ostseeraum verstärken. Dazu gehört auch die russische Sozialdemokratie. Die FES spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle als Initiator für gemeinsame Projekte, da diese die Verhältnisse in unseren Nachbarstaaten besser kennt. Wir wollen deswegen ein Treffen all unserer Partnerinnen und Partner im Jahr 2020 ausrichten.

Ein anderer zentraler Punkt ist der **Schutz von Minderheitenrechten** gerade im Anbetracht der wachsenden Gefahr von rechts. Europa muss klar machen das es an der Seite von Minderheiten steht! Schleswig-Holstein ist hier wegweisend mit der Bonn-Kopenhagener Erklärung. Diese soll als Vorbild für eine europäische Minderheitenpolitik dienen.

Andere Punkte für eine moderne und soziale Politik im Ostseeraum umfassen unserer Meinung nach:

- Die **Schaffung eines Deutsch-Dänischen Jugendwerkes** um den Austausch über Ländergrenzen hinweg praktisch werden zu lassen. Die Finanzierung soll durch eine enge Kooperation von Schleswig-Holstein und Dänemark sichergestellt werden. Es soll

spezielle Mittel geben für Projekte, die mindestens ein weiteres Land des Ostseeraumes umfassen.

- In den Ostseestaaten und in Schleswig-Holstein gibt es Minderheiten. Diese wollen wir auf europäischer Ebene besonders schützen. Dafür braucht es eine*n **EU-Minderheitenkommissar*in** und verbindliche europäische Standards zum Minderheitenschutz. Hierfür braucht es eine eigene europäische Agentur zur Wahrung von Minderheitenrechten. Wir unterstützen die „**Minority Safepack Initiative**“, die ein umfassendes politisches Maßnahmenpaket für die Rechte nationaler und sprachlicher Minderheiten in Europa fordert.
- Wir wollen das jede und jeder Europäer*innen mindestens zwei Fremdsprachen ergänzend zur Landessprache lernt. Insbesondere der Erwerb von Minderheitensprachen soll gefördert werden um ein gegenseitiges Verständnis zu fördern.
- Die Erarbeitung einer **Roma-Strategie der EU**. Die Roma sind eine der größten und meistdiskriminierten Volksgruppen in der EU und bedürfen unserer Meinung nach einer eigenen Strategie der Europäischen Union gegen Antiziganismus.

Friedenspolitik 2.0

Die SPD hat mit ihrem Papier „**Friedenspolitik heute**“ Maßstäbe für sozialdemokratische Positionen im Bereich der zivilen Krisenprävention, Diplomatie und Friedenspolitik gesetzt.

Diese Politik ist federführend bedarf aber einer ständigen Anpassung an neue Gegebenheiten um auf der Höhe der Zeit zu sein.

Hierzu gehören vor allem drei Bereiche. Erstens schwellende territoriale Konflikte in Europa und Unabhängigkeitsbewegungen beispielsweise in Nordirland, Schottland, Katalonien usw. wird ein stures Festhalten an nationalen Lösungsmechanismen nicht gerecht. Es braucht verbindliche internationale aber zumindest europäische Regeln, welche Lösungsmöglichkeiten im Sinne der jeweiligen Bevölkerungsgruppen zulassen.

Hierzu fordern wir konkret ein möglichst **internationales aber zumindest europäisches Schiedsgericht**, welches beim internationalen Gerichtshof bzw. Europäischen Gerichtshof angesiedelt sein soll. Dieses Schiedsgericht soll Konflikte, die im Spannungsfeld der nationalen Selbstbestimmung und der Unverletzlichkeit der Grenzen entstehen schlichten. Wenn keine

Schlichtung möglich ist soll Schiedsgericht kontrollierte Volksabstimmung über eine Separation oder Annexion an einen anderen Staat umsetzen.

Abgesehen von der Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichtes und klarer Regeln um das Spannungsfeld zwischen territorialer Integrität und nationalen Selbstbestimmungsrecht zu Gunsten letzteren aufzulösen soll fordern wir eine **internationale bzw. europäische Agentur zur Wahrung von Minderheitenrechten** eingerichtet werden die nationale Unabhängigkeits- oder Anschlussbewegungen unnötig machen soll. Unabhängig davon sollte sich die internationale Sozialdemokratie in den Ländern mit entwickelter kapitalistischer Produktionsweise für die territoriale Einheit von Staaten einsetzen.

Zweitens die Rüstungspolitik in der EU. Wir stehen für **Abrüstung und strikte Rüstungskontrolle** insbesondere beim Waffenexport in Staaten außerhalb der Nato.

Dies ist unvereinbar mit privaten Rüstungsfirmen. Wir fordern dementsprechend die **Verstaatlichung aller Rüstungsfirmen in der EU**. Bei transnationalen Firmen bietet sich hierbei die Verstaatlichung durch mehrere Nationen an um Kriege innerhalb Europas zu verunmöglichen. Außerdem fordern wir ein Verbot von Waffenlieferungen in Krisengebiete und die Kontrolle des internationalen Waffenhandels um bewaffnete Konflikte zu vermeiden.

Wir lehnen das 2%-Ziel der Nato ebenso wie die Erhöhung des deutschen Rüstungsetats ab. Die SPD, welche vor der Wahl gegen eine Ausweitung des Rüstungsetats auftrat, verspielt in dieser Frage ihre **Glaubwürdigkeit als Friedenspartei**.

Wir wollen stattdessen die Möglichkeiten gemeinschaftlicher europäischer Standards nutzen um Gelder einzusparen. Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie verspricht ebenfalls eine günstigere Beschaffung von Rüstungstechnologie und -produkten. Diese Einsparungen sichern auch bei gleichbleibenden Rüstungsetats gut ausgestattete europäische Armeen.

Unser Ziel bleibt eine **vergemeinschaftete Außen- und Sicherheitspolitik der EU** unter Beteiligung und Kontrolle des Europäischen Parlaments. Dazu ist eine Vertragsänderung notwendig. Als mittelfristige Forderung ergibt sich daraus die Überführung nationaler Armeen in eine **gemeinsame europäische Armee**. Diese muss insgesamt einen kleineren Umfang als die bisherigen nationalen europäischen Armeen haben. Damit eröffnen sich große Chancen für konventionelle Abrüstung und einen effizienteren Ressourceneinsatz. Eine Ausrichtung der

Bundeswehr auf eine stärkere Verschränkung mit Armeen anderer EU-Mitgliedstaaten wäre dabei ein erster bedeutender Schritt. Der **Gefahr einer deutschen Dominanz** innerhalb einer europäischen Armee wollen wir allerdings entschlossen entgegentreten.

Drittens wollen wir eine **Reform des UN-Sicherheitsrates**. Hierbei müssen eine Erweiterung des Sicherheitsrates sowie die Abschaffung Vetorechten im Vordergrund stehen. Wir stehen langfristig für das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen und einen **gemeinsamen Sitz der Europäischen Union** in diesem Gremium. Auf dem Weg zu einer gerechten Weltordnung

Die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung wird den Bedürfnissen der Weltbevölkerung nicht gerecht. Während in den vergangenen Jahrzehnten die absolute Armut gesenkt werden konnte verschärft sich die Ungleichheit innerhalb der Staaten. Eine nachhaltige Reduktion von Armut ist nicht in Aussicht.

Wir sehen die internationalen Organisationen der Sozialdemokratie wie die Sozialistische Internationale und die Progressive Alliance in der Pflicht **Alternativen zur kapitalistischen Globalisierung** zu formulieren und durchzusetzen.

Ein Kernpunkt ist hierbei die Frage des Freihandels. Für uns ist klar die World Trade Organization, bei all ihren Schwächen, ist das Gremium, welches am ehesten Dialog auf Augenhöhe ermöglicht. Bilaterale Freihandelsabkommen wie sie die EU derzeit durchzusetzen versucht lehnen wir zu **Gunsten multilateraler Freihandelsabkommen auf WTO-Ebene** ab. So kann ein freier und fairer internationaler Handel sichergestellt werden.

Derzeit verhindert der Fokus der EU auf bilaterale Freihandelsabkommen diese Stärkung der WTO. Zu einer Stärkung der WTO gehören aber auch eine Reform zu Lasten der westlichen Industrienationen, sowie eine weitergehende Unabhängigkeit der WTO und Transparenz. Hierfür sollen nach Vorbild der UNO künftig alle Dokumente veröffentlicht werden.

Wir setzen uns gegen einen Handelskrieg mit den USA ein. **Protektionismus ist keine Lösung!** Dazu gehört aber auch die Einsicht, dass die EU in vielen Bereichen höhere Zölle hat als die USA. Die EU sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und **Zölle abbauen**. Zur Wahrheit gehört auch, dass die Außenhandelsungleichgewichte innerhalb der EU auch weltweit zum Problem geworden sind. Die EU und insbesondere Deutschland hat die Verantwortung eine

Wirtschaftspolitik zu führen, welche den **Binnenmarkt vor den Export** setzt damit andere Staaten keine Gegenmaßnahmen ergreifen müssen.

Insbesondere Zölle auf verschiedene Veredelungsstufen diskriminieren Länder der Dritten Welt. Wer eine nachhaltige und gerechte Weltwirtschaft will darf keine Strukturen dulden, welche den Export von Primärprodukten erleichtert aber Produkte mit höherer Wertschöpfung bestraft. Diesen **Missbrauch europäischer Marktmacht zu Lasten von Entwicklungs- und Schwellenländern lehnen wir ab!**

Die EU darf keine Strafzölle mehr verhängen, um Handelsverträge oder Vertragsbestandteile durchzusetzen. Subventionierte Produkte dürfen in Freihandelsabkommen nicht mehr als “sensible Produkte” aus den Verträgen herausgehalten werden. Damit die EU in Zukunft als verantwortungsvoller Partner auftreten kann und einzelne Mitgliedstaaten den Abschluss von Handelsabkommen nicht mehr blockieren können, sollen auch umfassende Freihandelsabkommen durch ein Mehrheitsvotum des Europäischen Parlaments und des Rates zustande kommen. **Eine Ratifizierung durch die nationalen Parlamente soll nicht mehr notwendig sein.** Es darf in solchen Verträgen allerdings keine Investoren-Schutzabkommen und keine Zulassung von Schiedsgerichten geben. Die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind in den Programmen und Verträgen für alle Freihandelsverträge der WTO verbindlich zu verankern.

Eine weitere Baustelle ist die Entwicklungszusammenarbeit. Wir fordern, dass alle EU-Staaten mindestens **ein Prozent des BIP für die Entwicklungszusammenarbeit** ausgibt. Für den EU-Haushalt wollen wir ebenfalls ein Prozent des Haushaltes dieser Aufgabe verwenden.

Impulse der Kommission II

„Parteiorganisation + Prozesse“

Mitglieder der Kommission

Landesvorstand	Diedrich, Dirk Küchenhof, Christiane
Kreisverbände	Benk, Paul (Kiel) Brack, Anastasia (Ostholstein)
Ortsvereine	Buhl, Christiane (Rendsburg) Fechner, Tobias (Preetz) Harris, Heide (Lauenburg) Hercher, Christian (Flensburg-Mürwik) Lützen, Stefan (Itzehoe) Platz, Denise (Wrist) Schubert, Christina (Kieler Mitte) Tischler, Wiebke (Kellinghusen) Vogel, Wolfgang (Felde) Weingärtner, Jürgen (Bargteheide)
Arbeitsgemeinschaften	Jordt, Kirsten (AG 60plus) Müller-Beck, Ralph (AGS)
Landtagsfraktion	Metzner, Kerstin Pein, Tobias von
MdB-Landesgruppe	Hagedorn, Bettina Rossmann, Ernst Dieter

Vorbemerkungen

Im Rahmen unserer Arbeit ist eine große Vielfalt von Texten entstanden. Aus diesem Grund haben wir zu den einzelnen Papieren konkrete Handlungsschritte vereinbart. Diese werden im Folgenden erläutert, um einen besseren Überblick über das Ergebnis unserer Arbeit zu geben. Die Aufteilung orientiert sich an den fünf Unterarbeitsgruppen zu Satzung, politischer Kultur, Wahlen gewinnen, Organisation der Partei stärken und Frauen in der SPD.

Arbeitsgruppe Satzung modernisieren

Der Landesparteitag 2017 hat die Kommission II damit beauftragt, die Satzung der SPD Schleswig-Holstein zu modernisieren. Dabei wurden verschiedene Vorgaben gemacht, die wir alle in den Entwurf eingearbeitet haben. Außerdem haben wir aus unserer Sicht geeignete Maßnahmen für die Modernisierung der Parteistruktur ergänzt.

Unser Vorschlag ist von der Justiziarin des Parteivorstands auf seine Vereinbarkeit mit dem Statut der SPD und dem Parteiengesetz geprüft worden. Außerdem haben wir den Entwurf mit dem Landesgeschäftsführer Götz Borchert und dem Betriebsrat besprochen. Er bildet die Grundlage für die Beratung im SPD-Landesvorstand. Dieser wird den Satzungsentwurf formal auf dem Landesparteitag als Antrag stellen.

Arbeitsgruppe Kultur verändern

In der Arbeitsgruppe haben wir eine umfangreiche Analyse der politischen Kultur in der SPD vorgenommen und daraus ein Papier mit Verbesserungsvorschlägen entwickelt.

Als ein Ergebnis unserer Analyse sind wir überzeugt, dass die SPD Schleswig-Holstein ein Leitbild für den kulturellen Umgang in der Partei entwickeln sollte. Den Anstoß dafür soll der von uns für den Landesparteitag vorbereitete Antragsentwurf geben, der dem Landesvorstand zur Beschlussfassung vorlegt wird.

In dem dann startenden Prozess, der mit dem Beschluss des Leitbildes auf dem darauffolgenden Landesparteitag abgeschlossen werden soll, ist das von uns entwickelte Papier eine der Grundlagen der Erarbeitung.

Arbeitsgruppe Organisation stärken

In dieser Untergruppe der Kommission II sind insgesamt vier Papiere entstanden.

Zunächst haben wir uns mit der Neugestaltung der Landesparteitage beschäftigt. Auf Grundlage dieses Papiers werden wir das Gespräch mit Nina Thielscher, Götz Borchert und dem SPD-Landesvorstand suchen, um gemeinsam zu diskutieren, welche unserer Verbesserungsvorschläge für die nächsten Parteitage aufgegriffen werden können.

Zudem haben wir ein Papier zu unseren Anforderungen an die Infrastruktur für digitale Parteiarbeit formuliert. Das vorliegende Papier soll in Absprache mit dem Landesvorstand zu einem Antrag für den nächsten Bundesparteitag entwickelt werden, um die vom Parteivorstand gestarteten Online-Themenforen sinnvoll weiterzuentwickeln.

Abschließend gibt es zwei Papiere zur Organisation der Parteigliederungen in der SPD. Das erste ist das Ergebnis zweier Workshops auf dem Erneuerungs-Camp in Neumünster. Das zweite nimmt insbesondere ländliche Ortsvereine sowie die Frage der Gewinnung von Kandidat*innen für Kommunalwahlen in den Blick.

Beide Texte werden den Gremien der Partei als Material zur Verfügung gestellt. Außerdem soll auf dieser Grundlage eine ansprechende Broschüre entwickelt werden, die nützliche Tipps zur Organisation der Parteiarbeit enthält. Zielgruppe sind insbesondere Ortsvereine und Kreisverbände.

Arbeitsgruppe Wahlen gewinnen

In dieser Arbeitsgruppe sind zwei Papiere entstanden.

Der Text „Partei als Strategiezentrum“ greift insbesondere die Erfahrungen aus dem letzten Landtagswahlkampf im Jahr 2017 auf. Er soll als Grundlage eines Gespräches mit dem neuen Landesvorstand sowie dem Landesgeschäftsführer dienen. Dieser Austausch soll der Ausgangspunkt für einen frühzeitigen Strategieprozess des Landesvorstands sein, der die Landtagswahl 2022 in den Blick nimmt.

Aus dem Papier „Wahlkampf mit und von der Partei“ sollen wichtige Hinweise für die Arbeit vor Ort in die bereits erwähnte Broschüre übernommen werden. Strategische Kernpunkte künftiger Wahlkampagnen, die das ganze Land betreffen, sollen auf dem Landesparteitag beraten und

entschieden werden. Dafür wird dem Landesvorstand ein Antragsentwurf vorgelegt, den dieser als Antrag auf dem Landesparteitag stellen soll.

Arbeitsgruppe Frauen in der SPD

Das in dieser Arbeitsgruppe entwickelte Papier „Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und Familie“ dient ebenfalls als Grundlage für die an Ortsvereine und Kreisvorstände gerichtete Broschüre. Zusätzlich soll eine eigenständige Broschüre entwickelt werden, die das Thema Frauenförderung in den Mittelpunkt stellt. Eine weitere Quelle dafür ist der bereits veröffentlichte Frauenreport.

Zudem sollen zwei konkrete Vorschläge auf dem Landesparteitag beraten und entschieden werden. Dabei geht es darum, ein eigenes Budget für Frauenförderung beim Landesverband zu schaffen. Daraus sollen Mittel beantragt werden können (analog zum Innovationsfonds). Zudem soll der Landesverband jährlich ein speziell an Frauen adressiertes Seminar anbieten. Ein entsprechender Antragsentwurf wird dem Landesvorstand vorgelegt.

Vorschläge der Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe „Kultur verändern“

Thema: Führungskultur

Wahrnehmung

- Arroganz der Macht
- Alleinherrschaftsansprüche
- Liste als „einsame Entscheidung“

Konkrete Vorschläge zur Lösung

- Personalvorschläge müssen 3 Tage bzw. 1 Woche vorher vorliegen -> in einer Satzung festschreiben
- mehr Teamarbeit auf allen Ebenen, auch bei Führungsaufgaben
- Paritätische Doppelspitzen zur Teilung von Macht, Vorstandskollektive, bewusste Zusammensetzungen von Vorständen und Gremien
- Elefant im Raum benennen dürfen
- Amtszeiten begrenzen
- Rücktritte für die Sache sind kein Ehrverlust → freiwillige Abgabe des Amtes
- Darlegung, wie Beschlüsse des OV, des Kreises des Landes auf der jeweils höheren Ebene durch Führungspersonal vertreten werden > Wie sind die Erfolge? (Aktive Rückmeldung über die Beschlüsse, Rechenschaftsberichte)
- Mehr direkte Austauschmöglichkeiten der Basis mit "Machthaber*innen" → Dialogveranstaltungen

Vision/ Ziel

- Festhalten an Macht hinterfragen
- persönliche Interessen klären

- Sache steht über der Person
- Evaluation/ Bewertung von Führungspersonen
- Hierarchie-Abbau
- Führungskultur → Orientierung bieten
- Führung: Kritik aushalten und annehmen

Thema: Umgang mit Macht

Wahrnehmung

- Förderung von Personen und derer Angehörigen, die in einem Abhängigkeitsverhältnis stehen
- Eine Person, die in ihrem Wahlkreis auf Grund ihres Machtgehabes abgewählt wurde, wird wieder mit Machtpositionen versorgt
- Formulierung „...muss rein, macht seit 50 Jahren gute Arbeit“
- Fehlende Transparenz erzeugt Frust
- Hinterzimmerabsprachen, die als Tischvorlage offeriert werden

Konkrete Vorschläge zur Lösung

- SPD-Stärken nutzen → Vielfalt, als Chance und nicht als Bürde verstehen
- Parteiloffen über Personalien sprechen: Miteinander, nicht übereinander > Keine bösen Überraschungen, alle können mitsprechen
- Fristen für Personalvorschläge einführen bzw. einhalten
- Wenn neue Gesichter Posten übernehmen, dann muss es selbstverständlich werden, dass die alten Posteninhaber*innen diese unterstützen
- Wahlgänge benötigen notwendigerweise mehr als eine Kandidatur
- Diverse Führungsduos, oder - kollektive
- In den Gemeinden: Heranführen neuer interessierter (potentieller) Genoss*innen an die Arbeit durch ältere erfahrene Genoss*innen, die sich vorstellen können, weniger zu tun. Langfristig! Nicht erst kurz vor einer Wahl!!
- Qualifizierung für Nachwuchskräfte über Juso-Alter hinaus (Demographie! und außerdem spielen gemischte Teams am besten)

Vision/ Ziel

- Klarstellen: Wer wird warum gepusht?
- Übergänge organisieren, Wahlen als Chance sehen
- Transparenz und Ermutigung bei Funktionsbesetzung
- Anspruch auf Posten ist okay, nicht aber auf Kosten anderer (keine tiefen Gräben)
- "Was werden wollen" ist nichts Negatives
- Mehrere Anläufe für etwas sind nichts Schlimmes. Niemand ist "verbrannt"!
- Macht abgeben/ Übergänge schaffen
- geplant neue Kräfte aufbauen > aber transparent, nicht im Hinterzimmer ausgeklüngelt!
- Übergang von alt auf neu organisieren und begleiten
- Transparent für Mehrheiten sorgen
- Organisation von Macht
- Stille/Introvertierte ermutigen, einbinden

Thema: Feedback- und Kommunikations-Kultur

Wahrnehmung

Auf Änderungswünsche zu Besetzungslisten wird sauer reagiert, weil sich die Aufsteller doch so viel Mühe gegeben hätten, alles zu berücksichtigen

- bessere Feedbackkultur erforderlich
- Hinterfragen von Aussagen muss möglich sein
- Kritik an Personen statt an der Sache
- Abwehr-Kultur

Konkrete Vorschläge zur Lösung

- Direkte Kommunikation medial und geschütt
- Kodex?
- Moderatoren auf Online-Plattformen
- Männer-Kultur hinterfragen
- Kneipen-Klüngeleien nach der Sitzung braucht kein Mensch
- Sexistische Sprüche nerven

- Frauen* - + familienfreundliche Tagungszeiten, um Teilhabe zu ermöglichen
- Auch mal als Mann den Mund aufmachen und das "Erkämpfen" nicht nur den Frauen* überlassen
- Gespräche einfordern mit Funktionär*innen
- "Auf ein Wort mit..." , Fragen/Antworten
- Es wird zugelassen, dass Andere/ Neue anders sind und anders reagieren.
- Gastfreundlich sein
- Begrüßungskultur hinterfragen
- Foren auch online entwickeln -> Antworten sind nötig, direkter Austausch muss möglich sein, deshalb ggf. Mischformen, Plattformen.
- Leichte Sprache und generell Abbau von Barrieren als Arbeitsmittel im Landesverband fest etablieren (Beauftragte*r?)
- "handliche" Informationen (Zusammenfassungen etc.)
- Offene Diskussionsrunden mit Mitgliedern auf allen Ebenen - parteiöffentlich

Vision/ Ziel

- Streitkultur wertschätzen
- Wertschätzung, denn es gibt ein gemeinsames Ziel
- Wir sind eine Partei/solidarischer Umgang miteinander
- Innerparteilich: Respekt und Toleranz
- Offenheit in Gesprächen, reflektiert, vernünftig, respektvoll
- Wertschätzen des Individuums
- Andere Sichtweisen intern akzeptieren
- Andere Meinungen wertschätzen
- Missionarszwang abschaffen > wir müssen nicht alle einer Meinung sein
- Weg mit der „Schuldsoße“
- Mitglieder auch annehmen und auf sie zugehen
- Stärkung des Parteidialogs
- Es werden offene Netzwerke angeboten
- Durchlässige Kommunikation zu den Ebenen
- Strategien der Landesebene (LTW2017) funktionieren nicht, wenn Basis nicht mitgenommen wird

- Weniger einander bekehren, mehr einander zuhören
- Kein „ja, aber...“
- Zuhören statt nur reden
- Verständliche Sprache
- leichte Sprache
- finanzielle Barrieren abbauen
- Knackige Infos für Leute, die keine Zeit für 120-Seiten nebenbei haben
- Mehr Anerkennung für Engagement
- Spaß im Ehrenamt
- Mehr Lob, weniger Kampf
- Es wird offen agiert
- Misstrauen vs. Transparenz
- Den Elefanten im Raum benennen
- Ehrlichkeit
- Umgang mit Konkurrenz
- Auf Besserwisserei wird verzichtet
- Auf Animositäten wird verzichtet
- Fehlentscheidungen werden zugelassen

Thema: Parteikultur - Wer sind wir und wer wollen wir sein?

Wahrnehmung

- In den sozialen Netzwerken agieren GenossInnen z.T. gegen die eigene Partei
- Forderungen nach paritätischer Besetzung von Gremien werden trotz Beschlüsse der Parteiebenen nicht umgesetzt, da keine gesetzliche Notwendigkeit besteht
- Wir erreichen Zielgruppen nicht bzw. andere Parteien fischen unsere vormaligen Zielgruppen ab

Konkrete Vorschläge zur Lösung

- Offensiv vertreten: Wir sind viele! Nicht eine*r allein hat Recht → Öffentlichkeitsarbeit
- Frauen nicht in Posten drängen, sondern kontinuierlich aufbauen → z.B. für Aufsichtsräte

- Beschlüsse ernstnehmen (Kaputter Reißverschluss beim Listenparteitag 2017 war eigentlich juristisch anfechtbar. Wenn wir uns nicht ernstnehmen, wer dann?)
- Bei Kandidaturen: Nicht nur (im übertragenen Sinne) "Mein Haus, mein Auto, mein Boot", sondern Rechenschaft: Wie habe ich in konkreten Fällen abgestimmt?

Vision/ Ziel

- Blick nicht nur auf das jetzt Mögliche > Perspektiven und Visionen
- Konflikt Bundesebene vs. Basis auflösen
- Schluss mit dem Schönreden
- Aufhören mit Jammern
- Positives besser vermarkten
- Erfolge benennen und wertschätzen
- Gegenseitige Stärkung der Ebenen → Gemeinsames Anliegen
- Unterschiedliche Meinungen machen die SPD erst zur SPD Geschlossenheit bei der Durchsetzung demokratisch getroffener Entscheidungen als Markenzeichen und Stärke der SPD konsequent leben
- → Was ist unsere Haltung? Was ist der Minimalkonsens?
- rechtzeitig für Vielfalt sorgen → Selbstverständnis
- Die SPD hat das Frauenwahlrecht erkämpft → Wir sind die Partei für Frauenrechte!
- Paritätische Besetzung der Macht ist unser politische Wille und unsere Stärke

Thema: Bild nach außen

Wahrnehmung

- Außenwirkung zu wenig im Blick
- Parteiflügel nach außen nicht vermittelbar
- Zu wenige „Köpfe“

Konkrete Vorschläge zur Lösung

- Durchmischung der Gremien nach Geschlechter und Alter proaktiv vorantreiben
- Aktionen der Ortsvereine in den Kommunen
- OVe dabei unterstützen → Schnittmenge mit Gruppe "Orga stärken" der Kommission II, wird dort bearbeitet

- Schulungen für Interessierte OVe/KVe, was heißt Diversität und wer ist damit gemeint?

Vision/ Ziel

- Diversität muss gelebt werden, nicht fix herbeigesucht, wenn es um Wahlen geht
- selbstgewählte Ziel stecken, unterstützt vom Landesverband
- Raus aus der Blase, rein in Vereine und Verbände

Thema: Parteiliche Spielregeln

Wahrnehmung

- Missbrauch von Redezeit als Machtinstrument

Konkrete Vorschläge zur Lösung

- Satzungsänderungen zur Parität
- Änderungen in Geschäftsordnungen
- Redezeiten begrenzen (eventuell auf Antrag verlängern?)
- Staffelung z.B. Einstiegsreferate 10 bzw. 20 min, Antragsteller 4 min und Erwiderungen 2 min
- doppelt quотиerte Rednerliste
- Jeder darf nur zweimal zum selben Thema sprechen.
- Die RednerInnenliste wird geschlossen, wenn keine Wortmeldungen nach dem Reißverschluss mehr vorliegen.
- Es wird sich an die Beschlüsse gehalten
- Sanktionen bei Fehlverhalten

Vorschlag für einen Antrag: Verhaltenskodex für die SPD SH

Der Landesvorstand wird beauftragt,

auf Grundlage des in Kommission II, Untergruppe "Kultur verändern" vorgelegten Papiers einen Verhaltenskodex für die SPD SH zu erarbeiten. Der Entwurf zu diesem Verhaltenskodex soll den Genoss*innen in den Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften im 3. Quartal 2019 zur Diskussion gestellt werden. Die Beschlussfassung soll auf dem Parteitag in 2020 erfolgen.

Begründung:

Die Analyse zu den Ergebnissen der Kommission II, Untergruppe „Kultur verändern“, sowie die aktuellen Diskussionen im Landesverband zeigen, dass in der SPD SH grundlegende Veränderungen gewünscht und erforderlich sind. Im Veränderungsprozess brauchen wir ein verbindliches Kommunikations- und Steuerungsinstrument. Ein Verhaltenskodex soll künftig den Umgang der Genoss*innen miteinander regeln. Auftretende Regelverstöße sollen dabei zeitnah erkannt und kommuniziert werden, um angemessen darauf reagieren zu können.

Arbeitsgruppe „Organisation stärken“

Neue Formen von Parteiarbeit

Aufwertung von Ortsvereinsarbeit

Arbeits erleichterung für das Ehrenamt

Die Ortsvereine sind nach wie vor das A&O der SPD als Organisation. Die Mitgliederzahlen in den Ortsvereinen sind seit Mitte der 80er Jahre aber konstant rückläufig.

Viele Ortsvereine mussten sich auflösen. Die verbliebenen Mitglieder wurden umliegenden noch existierenden Ortsvereinen zugeordnet. Dadurch ging die Ortsbezogenheit in der politischen Arbeit vielerorts verloren.

Gemessen an der geringer werdenden Zahl der Mitglieder sind die Aktiven in den Ortsvereinen noch weniger und an vielen Stellen aktiv. Hier gilt es, einer Überlastung entgegenzuwirken.

Weiße Flecken

Es ist zu beobachten, dass das Vorhandensein eines Ortsvereins in der Regel auch die Präsenz in der Gemeindevertretung bestimmt. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Ortsvereine zu erhalten und nicht weiter zusammenzufassen. Das verstärkt die fehlende Identifikation der Einwohnerinnen und Einwohner mit der Partei sowie die Kampagnenfähigkeit in der Fläche.

Für viele Menschen ist es wichtig, kurze Weg zu ihren Vertreterinnen und Vertretern zu haben. Der direkte Draht, das persönliche Kennen ist in der Arbeit vor Ort wichtig.

Konkrete Maßnahmen:

- Öffentlichkeitsarbeit: Infostände nicht nur vor Wahlen; auch in den Orten, wo "weiße Flecken" sind. Organisiert über den KV.
- Offene Zusammenarbeit auf Ebene der Ämter stärken
- Gründung von Stützpunkten in Gemeinden ohne oder mit vereinzelt SPD-Mitgliedern um direkt, z. B. über Einwohnerfragestunden, in den Gemeinden ohne SPD-Vertreter auftreten zu können – siehe Satzungsvorschlag

- Unterstützung der Einzelmitglieder in Stützpunkten bei der Aufstellung von eigenen Kandidaten zur nächsten Kommunalwahl.

Versammlungen in den Ortsvereinen durch Formalismen immer uninteressanter

In vielen Ortsvereinen sind die Formalismen die Aufhänger für Mitgliederversammlungen. Sie werden einberufen wenn Vorstandswahlen anstehen oder Delegierte gewählt werden müssen.

Vorstandssitzungen sind in jedem OV individuell geregelt. Manche tagen monatlich, manche bei Bedarf.

Konkrete Maßnahmen:

- Ein Minimum an Formalismen:
kurz und schnell abarbeiten, Protokolle sollten im Vorwege versendet werden.
Formalitäten können digital erledigt werden (Landesgeschäftsstelle kann dafür Infrastruktur und Schulungen zur Verfügung stellen) und Sitzungen als Mitgliederversammlungen themenorientiert gestalten.
- ein Maximum an aktuellen Diskussionen:
aktuelle Themen auf Vorstands- und Mitgliederversammlung einbringen, dieses konkret in der Einladung bekannt geben
- mehr Öffentlichkeit:
Presseinformation im Vorwege herausgeben
Einladung auch für Vorstandssitzungen an alle Mitglieder versenden
Termine auf Homepage, langfristig geplant, möglichst regelmäßiger Turnus
- Kooperation auf Amtsebene für gemeinsame Dienstleistungen

Themen der Versammlungen werden von der Kommunalpolitik der Orte geprägt, in denen noch Gemeindevertreter aus der SPD sind.

Dies führt dazu, dass die Mitglieder, die noch in den „weißen Flecken“ wohnen, keine Mitgliederversammlung mehr besuchen.

Konkrete Maßnahmen:

- Gründung von Amtsverbänden, um gemeinsame Aktionen zu planen und gemeinsame Positionen zu finden (mit allen zu diskutierenden Vor- und Nachteilen)

- Auch mal an Wochenenden MV'en durchführen mit aktuellen Themen (z.B. als Frühschoppen oder Kamingespräche, Stammtische).
- Kreisparteitage ggf. mit offenen Thementischen beleben – abhängig von der verfügbaren Zeit
- Kreisversammlungen für Debatten veranstalten: Thementische einrichten, um jedem/r die Teilnahme an Diskussionen zu ermöglichen (Hemmschwellen abbauen für Delegierte aus kleinen Ortsvereinen, denen evtl. Anschlussmöglichkeiten fehlen).
- Aufnahme von übergreifenden Themen aus Landes-, Bundes- und Europapolitik im örtlichen Rahmen. Weniger Papier produzieren, dafür besser aufbereitetes und strukturiertes Material für die Behandlung im Ortsverein zur Verfügung stellen. Zukunftsprojekte (Leichttürme) müssen entsprechend zugespitzt werden.

Mitgliederversammlungen, Fraktionen und Vorstandssitzungen sind zwar unterschiedliche Gremien mit unterschiedlichen Aufgaben, sind aber bezüglich der Besucherinnen und Besucher mit vielen deckungsgleichen Personen besetzt.

Konkrete Maßnahmen:

- Mehr Unterstützung durch den Kreisverband und seinen hauptamtlichen Angestellten (Nicht nur verwalten, sondern auch gestalten!), um die Aktiven in den OV'en zu entlasten.
- Enge Kommunikation zwischen Vorstand und Fraktionen (gegenseitige Berichte auf den Sitzungen, insbesondere auch auf Fraktionssitzungen und inhaltliche Ergänzung)

Veranstaltungen wie Infostände, Flyerverteilungen, Wahlkämpfe insgesamt werden auf immer weniger Schultern ausgetragen, was zur Überlastung der noch verbliebenen Aktiven führt.

Die SPD hat damit einen wesentlichen Teil ihrer Kampagnenfähigkeit verloren.

Konkrete Maßnahmen:

- Gemeinsame Aktionen mit den Arbeitsgemeinschaften oder Vereinen vor Ort, z. B. Sportvereine, Bürgerinitiativen, Arbeitskreisen, Verbände, Bündnisse
- Entlastung der Ortsvereine bei Verteilung von Flyern und Aufstellung von Plakaten durch zentrale Angebote des LV

- Auch der Internetauftritt soz.is muss in Form einer Unterseite für alle Ortsvereine ohne Mehrkosten möglich sein.
- Stärkung der Arbeitsgemeinschaften, in denen spezifische Themen diskutiert werden und die für viele Genossinnen und Genossen sowie auch Nicht-Mitglieder Arbeitsforen anbieten.

Mitglieder halten und gewinnen

Konkrete Maßnahmen:

- Werbung neuer Mitglieder und Nachwuchsförderung
(inhaltlich bei Kommission 3 angesiedelt, aber Querschnittsthema)
- Integration von jüngeren und neuen Parteimitgliedern in die Fraktionen
- Geburtstage der Mitglieder wertschätzen
- Begrüßung neuer und zugezogener Mitglieder, persönlich (!)
gerade hier auch die Mitglieder in den weißen Flecken im Vorwege bei der Zuordnung zum Ortsverein befragen, die Entscheidung kann sehr individuell ausfallen und in Orten unterschiedlich sein
- neue und zugezogene Mitglieder auf die Arbeitsgemeinschaften aufmerksam machen

Querschnitt Frauen

- den Frauen im Ortsverein eigene Foren anbieten
- Stärkung des weiblichen Anteils bei den Mitgliedern

Siehe Querschnittsthema „Frauen“ – Christiane Buhl

Marketing im Ortsverein

- eigene Printmedien vom Kreis erstellt (OV-Zeitung als Vorlage mit Kreisthemen, die durch Ortsthemen ergänzt werden kann)
- regelmäßige Präsenz verstärken
(Tür-zu-Tür, Infostand, OV-Zeitung, online, etc.)
- eigene Internet-Foren zu aktuellen Themen / Vernetzung (evtl. über soz.is zu lösen)

Konzept Online-Themenforen

Unsere Anforderungen an ein Online-Portal der SPD

- Ein Ort zum **inhaltlichen Austausch** jenseits von Sitzungen und Veranstaltungen. Dabei sollten regelmäßige **Abstimmungen** eingebaut werden, die dann auch Auswirkungen in der Realität haben (Beispielsweise über Elemente von Kampagnen oder auch einzelne inhaltliche Fragen, die dann beispielsweise als Initiative im Landtag aufgegriffen werden)
- Eine Form von **Beschlusscontrolling** sollte integriert werden. Im Mittelpunkt steht die Frage: Was ist mit unseren Beschlüssen passiert? Was steht als nächster Schritt an? Dadurch können die politischen Entscheidungsgremien ihre Arbeit transparenter gestalten
- Parteiinterne **Veranstaltungen** sollten in dem Portal **live gestreamt** werden. Hier wäre auch die Einbindung von Dialogoptionen denkbar.
- Enge Verknüpfung mit **Wissensmanagement** – **alle Informationen** rund um die SPD **an einem Ort** (Was sind meine Aufgaben als OV-Vorsitzender, wie organisiere ich eine Veranstaltung, warum hat sich die SPD-Bundestagsfraktion in dieser Frage so verhalten?). **Best-Practice-Datenbank/Ideenbörse** zur Parteiarbeit mit sinnvollen Kategorisierungen (z.B. für kleine Orte, etc.) einbinden. Die **Informationen** sollten dabei nicht nur in Textform, sondern auch **visuell aufbereitet** vorliegen (Videos, Grafiken und Bilder)
- Ein Ort der **kollegialen Beratung**, der Antworten auf Fragen bietet (ähnlich wie Gutefrage.net). Hilfreiche **Antworten** könnten durch **Auszeichnungen** oder ähnliches belohnt werden.
- Es sollte eine Form von **Projektmanagement-Tool** geben, das für die Parteiarbeit optimiert ist. Damit wäre ein für alle Mal die Frage geklärt, wie sich Vorstände online organisieren können.
- Es muss eine **Moderation** geben, die sicherstellt, dass die Diskussion dauerhaft Spaß macht und einen Mehrwert bietet. Die Aufsicht muss dabei demokratisch durch die Partei legitimiert sein. Der Effekt von SPD-Facebookgruppen, die häufig von wenigen Lautsprechern dominiert werden, sollte vermieden werden. Hier ist es auch denkbar verschiedene Untergruppen je nach Wissensstand und Interessen zu bilden. Denkbar

wäre es, dass Mitglieder, die besonders hilfreiche Antworten geben, auch Moderationsrechte erhalten.

- Der **Mail-Versand** über die Mavis solle integriert werden – ähnlich wie aktuell über das Kampagnenportal.
- Mögliche nächste Schritte
- Rückbindung an die Planungen des Parteivorstands – wo gibt es Überschneidungen und wo sehen wir Unterschiede (über Steffen).
- Antragsvorbereitung für den nächsten Bundesparteitag (ein solches Portal ist allein für Schleswig-Holstein technisch und finanziell nicht darstellbar).

Konzept Umgestaltung Landesparteitage

Unsere Vision eines Landesparteitages

Ein Zusammentreffen der „Familie SPD SH“: gemeinschaftliche Diskussionen und Aktionen stärken das Wir-Gefühl, ein Landesparteitag ist nicht nur mühsam und arbeitsreich, sondern macht auch Spaß!

Unsere Anforderungen an künftige Landesparteitage

Dies gelingt durch verschiedene Änderungen in Ablauf, Organisation, Vor- und Nachbereitung:

- Einführung einer Software für Abstimmungen und als Beschlussdatenbank mit Controllingfunktion. Die Software kann mithilfe z.B. eines Codes auf den eigenen Endgeräten zur Abstimmung (als Nachzählinstrument bei knappen Entscheidungen) genutzt werden. Alle Beschlüsse sind in der Antragssoftware direkt nachvollziehbar und werden in eine integrierte Beschlussdatenbank übertragen. In dieser kann man den aktuellen Stand der Umsetzung immer nachverfolgen.
- Die Diskussionen sollen zielführender und zeiteffizienter gestaltet werden. Dazu muss eine Änderung der Geschäftsordnung vorgenommen werden: maximal zwei Redebeiträge sind pro Person zu einem Antrag erlaubt, die Redezeit wird konsequent und streng eingehalten (eine Visualisierung der fortschreitenden Zeit muss eingeführt werden), es wird eine doppelt quотиerte Redeliste geführt. Redezeit in der Regel: für Referate: 20 Minuten. Redezeit für Einbringung von Anträgen: 5 Minuten. Redezeiten in Debatten: 3 Minuten. Die Redezeit für Gastbeiträge kann verlängert werden. Nach

Redebeiträgen soll es eine Aussprache geben. Dabei sollte es in jedem Fall ausreichend Zeit für die Antworten des Redners/der Rednerin geben. Um die Diskussionen auf den Parteitage zu vereinfachen, können sie bereits vorab in das einzuführende Online-Portal ausgelagert werden.

- Wir wollen das Format Themenparteitag besser nutzen! Sie sollen dann stattfinden, wenn eine Entscheidung von überragender Bedeutung für die Landespartei getroffen werden soll. Um eine besonders tiefe, konzentrierte und produktive Diskussionen sicherzustellen, wird im Rahmen dieses Parteitages in Vorbereitung eines Beschlusses auf der Grundlage einer Einführungsphase (beispielsweise ein Referat oder Vorstellung von Alternativen) in Kleingruppen und im Plenum diskutiert. Die Kleingruppen sind dabei durch das Zufallsprinzip zusammenzustellen, um neue Konstellationen sicherzustellen.
- Um das „Wir-Gefühl“ zu stärken, wird eine feste Mittagspause auf Parteitag eingeplant, sodass Zeit für Gespräche und Austausch besteht und trotzdem nicht verpasst wird. Der Landesparteitag muss vor Ort sichtbar gemacht werden. Er kann mit einer gemeinsamen Aktion „auf der Straße“ ergänzt werden. Auch dies fördert das Zusammengehörigkeitsgefühl und vergrößert die Präsenz der SPD vor Ort.

Arbeitsgruppe „Wahlen gewinnen“

Wahlkampf mit und von der Partei

Konkrete Ideen zur Umsetzung

Einsatz von Ressourcen und Einbindung der Partei

Insbesondere im letzten Landtagswahlkampf sind die finanziellen Ressourcen zum Teil nicht effizient zur Zielgruppenansprache eingesetzt, sondern vor allem zur Selbstinszenierung genutzt worden. Mitunter entstand der Eindruck, dass es sich um eine „Ehrenrunde im Stadion“ nach gewonnenem Spiel handelte – allerdings noch vor Anpfiff. Das Prinzip „Sozis bespaßen Sozis“ muss zukünftig vollständig vermieden werden.

Die Plakatkampagne war zu personalisiert, hatte keine oder nicht erkennbare Inhalte und erweckte einen ähnlichen Eindruck wie die Veranstaltungsreihe eines bereits gewonnenen Spiels. Inhaltliches Material, insbesondere zu schwierigen Themen, gab es nicht oder viel zu spät.

Der personelle Ressourceneinsatz für die Kampagne war hoch. Die Zahl Mitarbeiter*innen des Landesverbands wurden aufgestockt und viele haben zahlreiche Überstunden angehäuft. Der Kontakt zu den Ebenen unter der Landesebene war jedoch nicht gut, was wahrscheinlich an der Priorisierung in der Planung lag.

Bei der Kommunalwahl gab es viele OVe, die nicht einmal mehr ihr eigenes Umfeld mit Plakaten und Flyern versorgen konnten, so dass – oft von den KVen bezahlte Ressourcen – nicht verwendet werden konnten und es (trotz vereinzelter Anstrengungen durch KVen und andere OVe) echte weiße Flecken gab. Es fehlte außerdem an thematischen und attraktiven Plakaten, die die OVe verwenden konnten. Dass solche nicht in Planung waren, kam bei den meisten Gliederungen als Information zu spät an.

Konkrete Maßnahmen

- Die Vorbereitung der nächsten Wahl beginnt unmittelbar nach der Wahl auch z.B. durch eine breit angelegte und parteiöffentliche Wahlkampfkritik.
- Aufbau und Pflege von Mailverteilern und Mailinglisten für AKs, die für alle leicht zugänglich und änderbar sind

- Aufbau und Pflege eines leicht zugänglichen und umfassenden Terminkalenders, in dem auch alle ständigen Termine enthalten sind (Termine mit größerer Vorlaufzeit = Möglichkeit zur Organisation von Fahrgemeinschaften)
- Um die Motivation für den Wahlkampf zu erhöhen, werden Genoss*innen von Beginn an an der Erstellung von Wahlprogrammen beteiligt und können über Kernthemen des Programms abstimmen. Das Programm wird in den Online-Themenforen zur Diskussion bereitgestellt.
- Entwicklung von inhaltlichem Material für den Wahlkampf durch den Landesverband
- Vor der Entscheidung für eine Kampagne wird eine Referenzgruppe von Nicht-Funktionär*innen nach Wirkung etc. der potentiellen Auswahlmöglichkeiten befragt und erst dann entschieden.
- Entwicklung/Ideensammlung für neue, inhaltliche, innovative Give Aways durch den Landesvorstand, die keine Wegwerfartikel sind ein Alleinstellungsmerkmal haben
- Benennung einer Kontaktperson im Landesverband, die bei Bedarf zu Expert*innen vermittelt
- Einrichtung und Pflege einer Antragsverfolgungsdatenbank (z.B. nach dem Beispiel von Brandenburg), um unkompliziert auf Informationen zum aktuellen Umsetzungsstand zugreifen zu können
- Flächendeckende Plakatierung und Flyerverteilung durch den Landesverband bei allen Wahlkämpfen, außer der Kommunalwahl.
- Bei der Kommunalwahl flächendeckende Verteilung der Flyer und Plakate in den von den Kreisen als „Weiße Flecken“ gemeldeten Gebieten.
- Nur noch maximal 10% des Budgets für Veranstaltungen, die in geschlossenen Räumen als klassische Wahlkampfveranstaltungen stattfinden (siehe Gesprächstour bei LTW), bei denen die Gefahr besteht, dass Sozis nur unter sich sind.
- Entwurf und finanzielle Ausstattung (mindestens 10% des Wahlkampfbudgets) einer Social-Media-Kampagne und generell digitaler Wahlkampfmittel.

Zielgruppen wiederentdecken und gezielt ansprechen

Die SPD will Politik machen für alle Menschen. Aber besonders müssen wir auf die schauen, die einen fairen und starken Staat brauchen. In den letzten Jahren ist uns dieser Blick – zumindest in der Außenwahrnehmung – verlorengegangen.

Alleinerziehende, Empfänger*innen von Sozialleistungen, Rentner*innen, Leiharbeiter*innen: Sie alle sehen die SPD nicht mehr als ihre natürliche Verbündete. Doch auch andere Gruppen, die eigentlich unseren Themen gegenüber aufgeschlossen sein sollten, wählen uns nicht oder nicht mehr wie früher. Als zwei Beispiele sind hier Menschen mit Migrationsbiographie oder auch Frauen als Wählerinnen zu nennen.

Das alles hat mit mehr zu tun als mit unseren Themen oder Personen. Es hat damit zu tun, wie wir nach außen gehen, wie wir kommunizieren, wie wir unsere Ideen erklären (oder nicht erklären), wen wir überhaupt direkt ansprechen und mit wem wir inhaltliche, nicht zweckgebundene Bündnisse schließen.

Konkrete Maßnahmen

- Mehrsprachiges Infomaterial + Programme erstellen
- Programme in Alltagssprache erstellen
- Regelmäßiges Medientraining für Mandatsträger*innen als Selbstverpflichtung
- jeder KV und der Landesverband verpflichten sich zu regelmäßigen Gesprächen (mindestens quartalsweise) mit Vereinen, Verbänden, Organisationen, die ohne mediale Begleitung ablaufen und zur engeren Vernetzung dienen (ggf. können KVen und der LV mit dieser Aufgabe AGen auf gleicher Ebene betrauen)
- Jeder Vorstand ab Kreisebene bemüht sich, sich personell vielfältig aufzustellen und reflektiert diese Bemühungen im eigenen Rechenschaftsbericht bzw. der Jahreshauptversammlung mit neuen Vorstandswahlen
- Es werden Genoss*innen, die hauptsächlich außerhalb der SPD aktiv sind, in den Landesvorstand und in den KVen zur Beratung bestimmter Themen regelmäßig eingeladen.

Wege, Haltung zu zeigen

Einer der härtesten Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie ist, dass wir unsere Haltung verloren hätten. Gleichzeitig werden wir gefühlt zermahlen zwischen den teilweise sehr unterschiedlichen Bestrebungen der unterschiedlichen Ebenen Kommune, Land und Bund. Zweckbündnisse wie mit der Union und kaum vermittelbare Kompromisse verstärken diesen Eindruck.

Konkrete Maßnahmen

- Beschlüsse verschiedener Gliederungen werden durch den LV aktiv nach außen transportiert in PMs, Pressegesprächen, Social Media etc.
- Auf keiner Gliederungsebene werden private Einrichtungen gebucht, die auch an die AfD vermieten
- Keine Vergabe von Aufträgen an Firmen, die rassistisch, sexistisch, antiziganistisch, homo- oder transphob, antisemitisch oder anderweitig menschenfeindlich werben
- Konsens: Aufruf auch zu öffentlichem Widerstand und Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen gegen Politik anderer Ebene (z.B. Bundespolitik), wenn Beschlüsse des LV diesen Protest stützen (Doppel-Strategie) → SPD SH hat eine eigene Haltung!
- Presseinfo von LV, wenn Parteibeschlüsse auf Bundesebene von Landesebene nicht geteilt werden bzw. Landesbeschlüssen widersprechen
- Regelmäßige Diskussions- und Informationsveranstaltungen zu aktuellen Themen auch in Zusammenarbeit mit FES, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen
- Demokratie als höchstes Gut auch in der Partei: Kandidaturen mehrerer Kandidat*innen werden begrüßt.

Die Partei als wirksames Strategiezentrum

Lehren aus 2017 für kommende Landtagswahlkämpfe

Strategiefähigkeit aufbauen

Der Landtagswahlkampf 2017 hat einen Mangel an Strategiefähigkeit in der SPD Schleswig-Holstein offenbart. Nach der von Joachim Raschke und Ralf Tils entwickelten Definition des Begriffs „setzt sich [Strategiefähigkeit] aus Führung, Richtung und Strategiekompetenz zusammen.“ (Raschke/Tils 2011: 142). Für die kommenden Wahlkämpfe lässt sich ableiten, dass alle drei Bereiche gestärkt werden müssen.

Die Frage der Führung

Führung innerhalb von politischen Parteien lässt sich in ein mehrere Personen umfassendes strategisches Zentrum sowie eine klare Führungsfigur gliedern (vgl. Raschke/Tils 2011: 157). Im Landtagswahlkampf gab es diese klare Führungsfigur nicht. Die ungeklärte Rollenverteilung

zwischen Ralf Stegner und Torsten Albig wurde durch die CDU-Kampagne aufgegriffen und ausgenutzt.

Gleichzeitig gab es auch kein klares strategisches Zentrum. Der innere Kreis um den Spitzenkandidaten und den Landesvorsitzenden hat teilweise unterschiedliche Strategien verfolgt. Es gab keine regelmäßige und klare Abstimmung. Als Ableitung für kommende Wahlkämpfe – auch aus der Regierung heraus – lässt sich festhalten, dass das Strategiezentrum in der Partei liegen muss. Gleichzeitig muss die Kampagne auf eine einzige Person (Spitzenkandidat*in) zugeschnitten werden, die auch – in Abstimmung mit den Gremien – die Letztentscheidung über die zentralen Fragen des Wahlkampfes treffen muss.

Die Richtung – innovativ und flexibel

Die Kampagne hat gezeigt, dass die frühe Festlegung auf zwei zentrale Themen (Kita-Geld und Unterrichtsversorgung) ein Fehler war. Beides waren bereits zentrale Punkte des Regierungsprogramms von 2012. Im Wirrwarr der verschiedenen Konzepte und Zahlen ist der Ansatz der SPD untergegangen.

Die CDU hat uns mit der simplen Strategie, auf alle SPD-Forderungen noch eines draufzusetzen, inhaltlich früh in die Defensive gebracht. Zu keinem Zeitpunkt ist es gelungen, die CDU inhaltlich zu stellen und beispielsweise die offenen Finanzierungsfragen über die Medien zu spielen.

Der Schwenk der CDU in der G8/G9-Frage hat die SPD vollkommen unerwartet getroffen. Die Chance einer inhaltlichen Wende (erneuter Bildungsdialog) wurde vertan. So wurde der CDU ein positives Profilierungsthema kampflos überlassen. Das übergeordnete Thema der Kampagne „mehr Gerechtigkeit“ passte nicht zu der Rolle als Regierungspartei, die programmatisch eine Politik der kleinen Schritte verfolgte.

Künftig muss die inhaltliche Richtung in Passung mit der Gesamtstrategie gebracht werden. Der Programmprozess sollte so gestaltet werden, dass zumindest die Chance für echte Innovation besteht.

Strategiekompetenz – weniger Bauch und mehr Hirn

Im Vorfeld des Wahlkampfes von 2017 gab es gute Ansätze, einen eigenen Strategieprozess aufzubauen und so für den gesamten Wahlkampf Orientierung zu geben. Leider wurden diese

Ansätze in der day-to-day Kommunikation quasi nicht verwirklicht. Die Kommunikationsstrategie einer Kampagne muss vom Ende her gedacht werden und auch externe Entwicklungen (Bundespolitik etc.) berücksichtigen.

Es gab keine konsequente Passung zwischen Strategie und Ressourceneinsatz. Gegen alle Erkenntnisse wurden erneut aufwändige Veranstaltungsformate umgesetzt, die enorme Ressourcen verschlungen haben und wenig bewirken. Die Storytelling-Ansätze wurden zu keinem Zeitpunkt umgesetzt. Letztendlich wurde eine konventionelle Kampagne für verhältnismäßig viel Geld umgesetzt.

Das Ziel muss sein, für 2022 einen Strategie-Prozess zu starten, der auch für die Entscheiderinnen und Entscheider bindend ist. Die Landesgeschäftsstelle benötigt dafür eine Strategiekompetenz und muss sich selbst auch als Hüter der Strategie verstehen.

Jede einzelne Entscheidung muss daran gemessen werden, ob sie den allgemeinen strategischen Zielen der Kampagne dient. Zu dieser Strategiekompetenz gehört auch ein langfristiges Medienkonzept, das nicht nur auf Sicht führt, sondern gezielte Highlights bis zum Wahlkampf setzt.

Schon jetzt gibt es die technischen Möglichkeiten, um strategische Entscheidungen evidenzbasiert zu fällen. So ist es möglich, dass man Mitglieder über Online-Tools an der Testung einzelner Elemente der Kampagne beteiligt. Das führt auch dazu, dass stärker in Optionen gedacht werden sollte.

Zur konsequenten Durchsetzung der entwickelten Strategie kann auch beitragen, möglichst viele Ressourcen im eigenen Haus zu bündeln. Für die wirksame Zusammenarbeit mit einer Strategie-Agentur ist eine Landtagswahl zu klein. Die Strategie muss selbst entwickelt werden. Fremdvergabe macht dann eher bei der Produktion von Medien Sinn.

Vorschlag für einen Antrag: Wahlkampf führen und Wahlen gewinnen

Ressourceneinsatz und Einbindung der Partei

Die SPD ist eine Mitmach-Partei. Wer in sie eintritt, will gestalten. Die Genoss*innen sind das Gesicht der SPD vor Ort und stehen dort, wo sie aktiv sind, für unsere Werte, Ideen und Politik. Trotz allem Idealismus und der Motivation dürfen wir nicht vergessen, dass es immer mehr weiße Flecken und sehr kleine Ortsvereine gibt, in denen Kampagnen, wie sie in heutigen Wahlkämpfen nötig wären, ehrenamtlich nicht durchführbar sind. Das führt zu Frustration und Überlastung der Ehrenamtlichen. Gleichzeitig können die hauptamtlichen Strukturen diese Probleme nicht auffangen, weil sie aufgrund der Gesamtsituation der Partei ebenfalls kleiner werden.

Wir brauchen also eine Doppelstrategie: Auf der einen Seite müssen wir die Mitglieder so gut wie möglich in den Wahlkampf einbinden, und ihre Energie und Kraft verstärken. Dafür brauchen wir, mehr anwendbarer Know-How vor Ort und eine hohe Motivation. Gleichzeitig müssen wir dort, wo Strukturen fehlen, mehr investieren. Dafür müssen die knappen Mittel der Partei zielgerichtet und in Teilen auch anders als in der Vergangenheit eingesetzt werden.

Der Landesvorstand wird daher beauftragt folgende Punkte in diesem Sinne umzusetzen:

- Aufbau und Pflege eines leicht zugänglichen und umfassenden Terminkalenders, in dem auch alle ständigen Termine enthalten sind (Termine mit größerer Vorlaufzeit = Möglichkeit zur Organisation von Fahrgemeinschaften)
- Um die Motivation für den Wahlkampf zu erhöhen, werden Genoss*innen von Beginn an bei der Erstellung von Wahlprogrammen beteiligt und können vor dem Parteitag über Kernforderungen des Programms abstimmen. Das Programm wird in den Online-Themenforen zur Diskussion bereitgestellt. Benennung einer Kontaktperson im Landesverband, die bei Bedarf Kontakt zu Expert*innen für Diskussionen in den Kreisen und Ortsvereinen vermittelt
- Flächendeckende Plakatierung und Flyerverteilung durch den Landesverband bei allen Wahlkämpfen, außer der Kommunalwahl.

- Bei der Kommunalwahl flächendeckende Verteilung der Flyer und Plakate in den von den Kreisen als „Weiße Flecken“ gemeldeten Gebieten.

Wahlkampf Vorbereitung und Zielgruppenansprache

Die letzten Wahlkämpfe und die aktuellen Umfragewerte zeigen uns deutlich: Die SPD muss sich grundlegend verändern und andere Wege finden, den Menschen ihre Ideen und Politik nahezubringen. Dies betrifft auch die Art, wie wir Wahlkämpfe führen und wen wir mit diesen ansprechen wollen. Sieht man sich die Auswertung der Wahlergebnisse nach Sinus-Milieus an, fällt auf, dass die SPD in keiner einzigen Zielgruppe überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. Offenbar ist vollkommen unklar, für wen wir eigentlich Politik machen.

Dieses Problem ist nicht allein mit dem Austausch von Personen oder Themen behoben. Es hat auch damit zu tun, wie wir uns präsentieren, wie wir kommunizieren, wie wir unsere Ideen erklären (oder nicht erklären), wen wir mit unseren Aktionen überhaupt direkt ansprechen und mit wem wir inhaltliche, nicht zweckgebundene, Bündnisse eingehen.

Der Landesvorstand wird daher beauftragt folgende Punkte in diesem Sinne umzusetzen:

- Wesentliche Elemente unserer Kampagnen werden mit Hilfe eines Online-Tools durch repräsentative Stichproben unserer Mitglieder auf ihre Wirkung getestet. Auf der Grundlage der ausgewerteten Ergebnisse kann eine fundiertere Entscheidung getroffen werden.
- Entwicklung/Ideensammlung für neue, inhaltliche, innovative Give Aways durch den Landesvorstand, die keine Wegwerfartikel sind, und ein Alleinstellungsmerkmal haben
- Künftig sollen nur wenige Veranstaltungen in geschlossenen Räumen als klassische Wahlkampfveranstaltungen stattfinden (siehe Gesprächstour bei LTW). Die freiwerdenden Mittel können beispielsweise in die flächendeckende Plakatierung oder Versorgung mit Flyern umgeleitet werden.
- Ein deutlich größerer Anteil des Gesamtbudgets soll zukünftig in den Online-Wahlkampf investiert werden. Der Schwerpunkt des Mitteleinsatzes liegt dabei auf der Bewerbung und nicht auf der Produktion des Contents.
- Mehrsprachiges Infomaterial + Programme erstellen
- Programme in Alltagssprache erstellen

Haltung zeigen, belastbare Bündnisse schmieden

Einer der härtesten Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie ist, dass wir unsere Haltung verloren hätten. Gleichzeitig haben die meisten von uns das Gefühl, zwischen den teilweise sehr unterschiedlichen Bestrebungen von Kommune, Land und Bund zermahlen zu werden. Zweckbündnisse wie mit der Union und schwer vermittelbare Kompromisse verstärken diesen Eindruck.

Gleichzeitig sind unsere echten zivilgesellschaftlichen Bündnispartner*innen für viele Menschen nicht sichtbar genug – und das obwohl zahllose Genoss*innen in vielen Ehrenämtern aktiv sind. Diese Verbindungen müssen wir im Sinne der klassischen Doppelstrategie auf allen Ebenen wieder stärken.

Der Landesvorstand und die Kreisvorstände verpflichten sich daher dazu folgende Punkte in diesem Sinne anzugehen:

- Jeder Vorstand ab Kreisebene bemüht sich, sich personell vielfältig aufzustellen und reflektiert diese Bemühungen im eigenen Rechenschaftsbericht bzw. der Jahreshauptversammlung mit neuen Vorstandswahlen
- Es werden Genoss*innen, die hauptsächlich außerhalb der SPD bei Partner*innen aktiv sind, in den Landesvorstand und in den Kreisvorständen zur Beratung bestimmter Themen regelmäßig eingeladen. Auf keiner Gliederungsebene werden private Einrichtungen gebucht, die auch an die AfD vermieten.
- Keine Vergabe von Aufträgen an Firmen, die rassistisch, sexistisch, antiziganistisch, antisemitisch, homo- oder transphob oder anderweitig gruppenbezogen menschenfeindlich sind.
- Der Landesvorstand gibt PMs heraus, falls Parteibeschlüsse auf Bundesebene von der Landesebene nicht geteilt werden bzw. Landesbeschlüssen widersprechen

Arbeitsgruppe „Frauen in der SPD“

Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf bzw. Ehrenamt, Beruf und Familie

Noch immer sind Frauen* stärker belastet, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht. Auch Alleinerziehende sind zum größten Teil weiblich. Gleichzeitig machen auch immer mehr Frauen* – unabhängig von Familie – Karriere und haben daher nicht die Möglichkeit sich ehrenamtlich zu engagieren, wie sie es möchten. (Natürlich trifft dieser letzte Punkt auch für Männer* zu).

Die SPD fordert zu Recht von der Arbeitswelt, sich dem Leben der Menschen anzupassen. Sie selbst muss dies aber ebenso tun. Die Strukturen, die in der Partei momentan gelebt werden, ermöglichen nur einem bestimmten Teil die Teilhabe am Parteileben. Diesen Personenkreis müssen wir vergrößern, damit die Meinungen gerade dieser Gruppen in unserer Partei nicht überhört werden.

Maßnahmen

- Diverse Zeitfenster anbieten, die zum Lebensrhythmus passen:
 - berufstätigen Eltern mit kleinen Kindern, Eltern, die nicht arbeiten, Berufstätige ohne Kinder, die nicht im öffentlichen Dienst arbeiten etc.
 - Zahlen aus dem Mitgliederreport belegen das Potential ungewohnter Zeitfenster
- Kinderbetreuung grundsätzlich anbieten.
- Datenbank mit qualifizierten Betreuungspersonen über den Landesverband
- Nutzung digitaler Medien für Gremienarbeit
- Telefon- und Videokonferenzen, auch wenn nur eine Person zugeschaltet werden muss (*Nebeneffekt*: Verhilft auch zu Teilhabe, wenn finanzielle Mittel fehlen!)
- Schulungen zur Durchführung durch Landesverband
- Equipment bei Kreisverbänden ausleihbar
- Effizienz bei Sitzungen herstellen:
- Feste TO mit Zeitangaben
 - Redezeiten begrenzen

- Themen so legen, dass das für alles Wichtige zu Beginn drankommt
- Doppelspitze zur Arbeits- und Machtteilung auf OV-Ebene etablieren, auf allen anderen Ebenen als Möglichkeit fordern
- Teilzeit-Mandat/geteiltes Mandat in Gemeindevertretungen
- *Nebeneffekt*: Auch gut für junge Leute, die z.B. deshalb nicht kandidieren, weil sie nicht wissen, ob sie in der Stadt bleiben oder weil sie den Umfang der Zeit nicht einschätzen können, der zukünftig in der Ausbildung benötigt wird

Vernetzungsangebote fehlen vor allem in der Fläche

Insbesondere dort, wo wenige Frauen* aktiv mitarbeiten, wie z.B. oft in sehr kleinen OVEN in der Fläche, ist Vernetzung für sie fast unmöglich, weil mitunter nicht einmal die aktiven Genossinnen aus dem nächsten OV oder aber auf Kreisebene bekannt sind. Vernetzung und Austausch ist jedoch aus vielen Gründen wichtig, allen voran: Frauen* fühlen sich dort wohl, wo sie in gemischten Gruppen und auch mit anderen Frauen* zusammenarbeiten können. Das belegen Studien, ebenso wie der Mitgliederreport.

Maßnahmen

- Bei weiblichen Neumitgliedern zusätzliche Information dazu geben, wo andere Frauen*strukturen innerhalb der SPD existieren, wie z.B. die ASF (Kreis oder wenn nicht vorhanden SH oder auch andere aktive Gruppen vor Ort)
 - Information über Möglichkeit der Teilnahme (Ansprechpartnerinnen* benennen!)
 - Info muss von Landes- oder Kreisebene kommen, damit klar ist, dass es sich um Angebote handelt, die die SPD auch gut findet (raus aus der Schmuddel-Ecke mit der ASF!)
- ASFen vor Ort weibliche Neumitglieder melden, wie es bei den Jusos auch mit Jusos passiert
- Vor Ort überparteiliche niedrigschwellige Vernetzungsangebote in Kooperation mit kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gründen, um „Parteihürde“ zu überwinden
 - Gedanke: Erst einmal an Politik heranzuführen. Und dann selbstbewusst sein! Wir sind attraktiv für Frauen und viele treten uns bei, wenn die Parteihürde übersprungen ist

- Angebote wie Stammtische, Veranstaltungsrunden, Feel-Good-Veranstaltungen (Filme, Radtouren, Yoga etc.) durch weibliche Kreisvorstandsmitglieder, Bürgermeisterinnen, Ratsfrauen etc. vor Ort regelmäßig anbieten.
- Unterstützung durch „Promi-Frauen*“ durch Bereitstellen ihres Netzwerks, eigene Teilnahme etc.
- Ideenbörse: Best Practice zur Gewinnung und Aktivierung weiblicher Mitglieder in Datenbank für alle Interessierten zur Verfügung stellen
- Finanzielle Unterstützung von Aktivitäten zur Förderung + Aktivierung durch KVe oder LV
 - Festen Kostenpunkt „Frauen*förderung vor Ort“ in den Haushalt aufnehmen
- Mentoring
 - Ratsfrauen*, Bürgermeisterinnen*, Kreistagsabgeordnete, OV-Vorsitzende, MdB und MdL nehmen Neumitglieder für 6-12 Monate „unter die Fittiche“, zeigen ihnen die Partei, führen sie in die eigenen Netzwerke ein – auch parteiübergreifend bzw. SPD-nah! –, sind ansprechbar.
- Know-How innerhalb der Partei für die Genossinnen* nutzbar machen!
 - Datenbank anlegen → wer kann was?
 - Selber eintragen lassen (z.B. Vorträge Thema Frauenbild AfD → Conny Östreich (HL), Einführung Finanzpolitik → Bettina Hagedorn (OH), Energiepolitik → Nina Scheer (STO), Video-Campaigning → Christina Schubert (KI) etc. etc. etc. etc.

Viele Frauen* zögern eher als Männer Ja zu sagen -- Empowerment

Es ist immer wieder zu beobachten, dass Männer* häufiger und schneller „Ja“ zu Ämtern, Mandaten und anderen Aufgaben sagen als es Frauen* tun. (Ausnahmen bestätigen diese Regel). Die Gründe hierfür sind sehr vielfältig. Neben Mehrfachbelastungen durch noch immer traditionelle Verteilung von Hausarbeit u.ä. ist hier außerdem das (oft gesellschaftlich antrainierte) Gefühl von „Kann ich das eigentlich?“ festzustellen.

Gerade dem letztgenannten Phänomen können wir mit konkreten Maßnahmen entgegenwirken, durch die ein Bewusstsein für die eigenen Stärken aufgebaut, ein Wissen über

das, was verlangt wird, entwickelt, und realistische Perspektiven aufgezeigt wird, wie Ehrenamt in Kombination mit Beruf und ggf. Familie vereinbar ist

Maßnahmen

- Angebote Weiterbildung der
 - Hard Skills
 - Kommunikation, Rhetorik, Machtstrukturen, Satzung, Kommunalpolitik...
 - und Soft Skills
 - Persönlichkeitsentwicklung, Standing, Mut und Selbstvertrauen entwickeln
 - Niedrigschwellig, auf Kreisebene, kostenlos, zu realistischen und auf die Zielgruppe abgestimmten Zeiten
 - Auch für parteinahe Noch-Nicht-Genossinnen* offen
- Vermittlungsbörse für erfahrene Tandempartner*innen, um einen guten Start für neue Genossinnen* zu schaffen
- Doppelspitze auf unterschiedlichen Ebenen etablieren, um Positionen mit weiterer Person an der Seite anzutesten

Hierarchien und starre Strukturen schrecken viele Frauen ab

Die Erfahrungen aus der politischen Frauen*arbeit zeigen, dass Frauen* gern in flachen Hierarchien und sehr an Inhalte gebunden arbeiten. Posten etc. spielen nur insofern eine Rolle, wenn durch sie Inhalte umgesetzt werden können. Unsere Partei ist trotz dem Duzens sehr hierarchisch und vor allem formalisiert strukturiert, so dass insbesondere (potentielle) Neumitglieder von den vielen Regeln und Hürden, die diese aufbauen, abgeschreckt sind.

Maßnahmen

Formalisierungen abbauen

- MEHR Mitgliederversammlungen; Vollversammlungen, Jahreshauptversammlungen etc. als Vorstandssitzungen
- Strengen Vorstandsaufbau überdenken > Vorstandskollektive o.ä. austesten
- Ausprobieren: Der*die Ranghöchste in einer Runde hat am wenigsten Redezeit, der*die Neueste darf immer als Erste*r etc.

Sexismus ist auch ein Thema in der SPD

Nach der Diskussion, die eine junge CDU-Frau 2016 angestoßen hatte, wurde für eine kurze Zeit auch über den Sexismus innerhalb der SPD diskutiert. Diese Diskussion verebbte – vermutlich auch im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen 2017 – relativ schnell wieder.

Viele Menschen in unserer Partei wissen noch immer nicht, was Sexismus ist, was er bewirkt und warum er unserem Miteinander schadet. Viele andere leiden unter ihm.

Maßnahmen

Der Landesverband und seine „Köpfe“ müssen hier unbedingt mit gutem Beispiel vorangehen.

- Regelmäßige und verpflichtende Vermittlung des Themas z.B. durch/in/bei
 - Neumitgliederseminaren
 - Kreisvorsitzendenrunden
 - Fortbildungen/Workshops für Hauptamtliche und Landesvorstandsmitglieder
 - Fraktionen
 - Herstellung einer Broschüre des Landesverbandes zur Unterstützung der OVe
 - Kampagne des Landesverbandes
- Einsetzen einer Gleichstellungsbeauftragten/Stabstelle Gleichstellung für den Landesverband wie es auch auf Bundesebene für das WBH passiert ist
 - Automatisch beratendes Mitglied im LaVo
 - Ehrenamtlich oder hauptamtlich?
 - Ausstattung mit finanziellen Mitteln und Anbindung/Büro/Schreibtisch im WDH
 - Auftrag: Partei und Gremien in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit beraten, nach außen informieren, Kontrollfunktion

Eine Partei, die vor allem Präsenz belohnt – Nicht für Frauen*

Oft kommt es uns so vor, als wäre es ein Wettbewerb, zu möglichst vielen Parteiterminen pro Monat, Woche oder sogar Tag zu gehen. Alle wir Aktiven verbringen einen Großteil unserer Zeit in Sitzungen anstatt in unserem „echten Leben“ zu sein, wo auch alle anderen Menschen sind. Die, die das mitmachen, werden innerhalb der Parteistrukturen oft belohnt. Benachteiligt sind

die, die das einfach nicht können oder wollen. Eine solche Kultur bringt mehrere Probleme mit sich:

1. Dadurch dass nur bestimmte Gruppen dieses Verhalten auf Dauer leisten können oder wollen, sind die, die es nicht können, in unseren Gremien unterrepräsentiert. Dies trägt zu einem sehr einseitigen Bild der Partei nach Außen bei.
2. Präsenzkultur erzeugt außerdem Druck, der sich in weiteren negativen Aspekten äußert.
3. Da wir uns eigentlich größtenteils mit uns selbst in Gremien und Arbeitsgruppen etc. befassen, sind wir oftmals nur noch als Politiker*innen wahrnehmbar, nicht mehr als Menschen mit Familien, Hobbies und Freund*innenkreisen. Das trennt uns in der Außensicht von den „normalen“ Menschen.

Maßnahmen

- Kulturveränderung durch positive Beispiele, z.B. prominente Vorbilder lobend hervorheben in Social-Media, aber auch im echten Leben
 - Privatleben außerhalb der Partei macht uns alle unterschiedlich (SPD sind wir ja alle) > zelebrieren, dass wir das alle auch wahrnehmen!
- Selbstverpflichtung auf bestimmte Tageszahl „Partei-Frei“ in Gruppen
- Kritisches Hinterfragen der eigenen Arbeit: Wird jede Sitzung benötigt?
- Angebot des Landesverbands: Achtsamkeits-Workshops, -seminare o.ä., um den Selbstschutz zu stärken
- Kulturveränderung bewusst benennen: „Ich gehe nach zwei Stunden Sitzung nach Hause zu meiner Familie“, „Ich mache dieses Wochenende etwas mit meiner besten Freundin, nicht für die Partei“ u.ä.
- Auf andere achten! Wir sind eine Familie. Will die SPD überhaupt die Partei für Frauen* sein? Außenbild reflektieren

Die SPD kann auf eine über 150-jährige Geschichte ernsthafter Frauen*politik zurückblicken. Wir sind die Gleichstellungspartei! In den Momenten, in denen jedoch gute, richtige und wichtige Verbesserungen für Frauen* durch uns erreicht wurden, werden diese in der Regel durch Frauen* präsentiert – und nicht durch die, die sonst meist in der ersten Reihe stehen.

Das erzeugt ein Bild, in dem es zum einen scheint, als gehörten Frauen* nur dann in die erste Reihe, wenn es um ihre eigenen Belange geht, zum anderen wirkt es so als wären diese Themen nicht wichtig genug, um von den Spitzenvertretern präsentiert zu werden.

Beides ist falsch, unbeabsichtigt und nicht Konsens innerhalb der SPD. Wir müssen grundlegend umdenken, wenn wir Frauen* als Wählerinnen* aber auch als potentielle Genossinnen* (zurück)gewinnen wollen

Maßnahmen

- Auch Männer stehen für Frauen*themen, weil sie ein wichtiger Teil der SPD sind und wir sie mit Energie und Stolz vorantreiben!
- (Vermeintlich) typische Frauen*themen müssen vom*von der Vorsitzenden vertreten werden, zusätzlich zu Fachpolitiker*innen, um Relevanz zu verdeutlichen
- (Vermeintlich) typische Frauen*themen als Wahlkampfkernthemen (immerhin betreffen sie etwa 50% der Menschen)
- Frauen* in die erste Reihe stellen, nicht weil es gemusst, sondern weil wir so tolle Frauen* haben!
 - Hierfür Kompetenzen und Know-How innerhalb der Partei nutzen, nicht nur in den Parlamenten (siehe z.B. Datenbank weiter oben)
 - Nicht nur bei typischen Themen, sondern auch und gerade bei SPD-Prestige-Themen wie Arbeit u.ä.
- Bild nach außen kontrollieren
 - Diverse Frauen*(bilder) zeigen (alt, jung, mittel, Typen, Phänotypen, unterschiedliche Körper (auch mit und ohne Behinderung!), diverse Rollen) z.B. bei Werbung
 - Kein Podium/keine Veranstaltung ohne paritätische Besetzung!

Unsere Themen sind nicht ansprechend genug für Frauen* präsentiert

Die SPD bewegt viele Themen, die für Frauen* wichtig sind. Oft verfallen wir aber in Klischeedenken oder aber übersehen die unterschiedlichen Realitäten, mit denen Frauen* zu tun haben.

Die Alleinerziehende hat ein deutlich höheres Interesse an Kinderbetreuung als die junge Frau*, die an die gläserne Decke stößt. Die geschiedene 63jährige in Kiel fragt sich vielleicht, wie sie um das Flaschensammeln herumkommt, während die gleichaltrige Geschiedene in Rade bei Rendsburg sich überlegt, wie sie am späten Nachmittag im Winter zu ihrem Arzt nach Büdelsdorf kommt, wenn sie nicht mehr fahren möchte, aber kein Bus fährt – ein Problem, das sie in ähnlicher Form mit der 13jährigen in Hohn und der Mutter berufstätigen Mutter mit zwei Kindern in Kellinghusen teilt.

Die Palette „typisch“ weiblicher Themen ist viel weiter als wir sie oft stecken. Und so sind auch die Frauen*, die uns potentiell wählen könnten und denen, die bei uns mitarbeiten wollen, viel zahlreicher als wir momentan sehen können. Wir müssen ihnen nur zeigen, dass wir ihr Leben wahrnehmen und Antworten auf ihre Herausforderungen haben.

Maßnahmen

- In jedem von uns angefassten Thema werden die Vorteile für alle relevanten Zielgruppen eruiert und das Thema auf diese Gruppen zugeschnitten vermarktet
- Wenn nötig: Deutliche Abgrenzung von anderen Parteiebenen
- Botschaft muss zum*zur Bot*in passen:
 - Wer transportiert welches Thema?
 - Zurückgreifen auch auf Nicht-Vorstandsmitglieder → Expert*innen!

Vorschlag für einen Antrag: Die Hälfte der Macht – Frauenförderung im SPD Landesverband SH

Der Landesverband bietet ein jährliches Seminar zur Förderung von Frauen* jeden Alters an, an dem jedes Jahr mindestens 20 Genossinnen* teilnehmen können.

Zusätzlich stellt der Landesverband/Landesvorstand ein Budget zur Verfügung, das Gruppierungen innerhalb der SPD auf Antrag dazu nutzen können, Projekte oder Aktionen zur Frauenförderung, -aktivierung und -gewinnung durchzuführen.

Begründung:

Die SPD hat sich in mehreren Beschlüssen u.a. dazu bekannt, weiblicher werden zu wollen. Es handelt sich hierbei allerdings nicht um eine Frage des „Wollens“, sondern um eine absolute Notwendigkeit. Wir müssen weiblicher werden! Die oben genannten Maßnahmen, sollen dazu beitragen, diesem Ziel näherzukommen.

Für das Seminar kann das vor wenigen Jahren vom Landesverband angebotene „Frauen*-Seminar“ ein mögliches Vorbild sein. Für den Fonds ist eine Orientierung am Innovationsfond der Bundespartei möglich.

Impulse der Kommission III

„Mitgliederentwicklung und Talentförderung“

Mitglieder der Kommission

Landesvorstand	Pauls, Birte Wagner, Alexander
Kreisverbände	Dürbrook, Niclas (Ostholstein) Komral, Nazan (Plön)
Ortsvereine	Bachmann, Sophie (Lübeck-Holstentor-Süd) Bern, Christina (Plön-Bösdorf) Büssow, Roland (Bordesholm) Duggen, Birte (Lübeck-Karlshof-Israelsdorf) Hagelberg, Katy (Preetz) Kubon, Björn (Neumünster-West) Nissen, Janne (Kiel-West/Altstadt) Petrovic, Dejan (Trappenkamp) Schlüter, Jörg (Wentorf) Wehrmann, Dirk (Bad Segeberg)
Arbeitsgemeinschaften	Schiebe, Sophia (Jusos) Schmidt, Christopher (Migration und Vielfalt)
Landtagsfraktion	Eickhoff-Weber, Kirsten Vogel, Kai
MdB-Landesgruppe	Hiller-Ohm, Gabi Stein, Mathias

Vorbemerkungen

Der ursprünglich vorgesehene Titel unserer Kommission war „Personalentwicklung und -planung“. Wir favorisieren unsere Mitglieder und Aktiven nicht als Personal zu betrachten, da eine Partei schließlich kein Unternehmen ist. Daher haben wir uns umbenannt und waren auch im Geiste die **Kommission für „Mitgliederentwicklung und Talentförderung“**. Für uns hat dabei jeder Mensch besondere Talente. Diese gilt es für uns zu entdecken und zu fördern.

Im Rahmen der Kommissionsarbeit haben sich drei Arbeitsgruppen mit den Themen **„Hilfe zur Mitglieder- und Neumitgliederbetreuung“**, **„Talente entdecken und fördern“** sowie **„Führung und Kandidaturen“** beschäftigt.

Vielerlei Dinge sind in unserer Partei bereits erarbeitet, müssen aber stärker bekannt gemacht werden. Daher haben wir systematisch aufgearbeitet und regen die Erstellung eines Handbuchs für Ortsvereins- und Kreisvorsitzende mit Unterstützung des Hauptamtes an. Die Inhalte schlagen wir entlang nachfolgender Tabelle „Herausforderungen und Lösungen – Kommission 3 „Mitgliederentwicklung und Talentförderung“ vor. Neue Ortsvereins- und Kreisvorsitzende sollen das Handbuch nach ihrer Wahl erhalten und mit den Inhalten vertraut gemacht werden. Außerdem sollte das Handbuch auf einer landesweiten Ortsvereinskonferenz vorgestellt werden.

Wir sehen allerdings auch Handlungsbedarf unsere bestehende Beschlusslage zu erweitern. Und daher schlagen wir die Anträge: **„Starke Ortsvereine, starke Mitglieder“** und **„Starke Kandidierende, starke Partei“** zur Debatte und Beschlussfassung vor. Innerhalb des Antrages „Starke Kandidierende, starke Partei“ schlagen wir alternative Optionen vor. Wir glauben so die Debatte in der Partei zu verbreitern und regen an die Alternativen auf dem Parteitag auch alternativ zur Abstimmung zu bringen.

Das Handbuch sollte nach dem Landesparteitag, um die dann aktuelle Beschlusslage ergänzt werden.

Vorschläge der Arbeitsgruppen

Starke Ortsvereine, starke Mitglieder

Vorschlag für einen Antrag für den Landesparteitag

Ortsvereine sind die Basis der SPD

Die politische Basis der Partei sind die Ortsvereine. Hier wird der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern gehalten, hier kommen alle gesellschaftlichen Aspekte zusammen. Genau dieses dient der Meinungsfindung und –bildung innerhalb der Mitgliedschaft und entscheidet über zukünftige Politik auf allen Ebenen.

In den Ortsvereinen werden die politischen Diskussionen zu allen politischen Themen geführt, sodass die Anforderungen für die Ortsvereinsebene sehr groß sind.

Wir brauchen den wertschätzenden Umgang miteinander. Der im Ortsverein geleisteten ehrenamtlichen Arbeit begegnen wir mit Respekt. Wegen der zunehmenden Arbeitsverdichtung auch im politischen Ehrenamt muss gewährleistet werden, dass die notwendige Unterstützung vom Kreisverband, Landesverband und Hauptamt sichergestellt ist.

Neumitglieder- und Mitgliederbindung

Neumitglieder und Mitglieder sollen sich innerhalb der Partei wahrgenommen, mitgenommen oder wertgeschätzt fühlen, damit Sie sich in ihrem Engagement nicht zurückziehen oder gar die Partei verlassen. Daher ist es unser Ziel mit verschiedenen Ansätzen die bessere Bindung und Einbindung in die SPD zu fördern.

- Der Kreis- und der Landesverband bietet den Ortsvereinsvorsitzenden bei allen inhaltlichen und organisatorischen Fragen Unterstützung an. (Leitfaden Neumitglieder,

Leitfaden Talente erkennen und fördern, Leitfaden innerparteilicher und öffentlicher Wahlen, 1x1 der Ortsvereinsarbeit)

- Regionale Fortbildungen für Ortsvereinsvorsitzende bzw. Ortsvereine
- Zur Vernetzung und Meinungsbildung finden mindestens einmal jährlich auf Landes- und Kreisebene Ortsvereinskonferenzen statt.
- Die Kreisverbände unterstützen die Ortsvereine bei der Vernetzung und der Zusammenarbeit (z.B. gemeinsame Veranstaltungen)
- Die Herausforderung der Einbindung der Neumitglieder ist in allen Ortsvereinen und Kreisverbänden ähnlich. Daher wird der Landesverband einen Handlungsleitfaden entwickeln, der die Abläufe auf den unterschiedlichen Gliederungsebenen optimiert und koordiniert. Die Mitgliederbeauftragten auf Landes-, Kreis- und Ortsvereinsebene erstellen diesen Leitfaden.
- Jubilar-Ehrungen nutzen wir zur gegenseitigen Wertschätzung und die Ortsvereine werden bei der Vorbereitung durch Kreisverband und Landesverband unterstützt. Die MAVIS informiert rechtzeitig automatisiert.

Starke Kandidierende, starke Partei

Vorschlag für einen Antrag für den Landesparteitag

Auswahl und Verfahren bei Kandidaturen

Bereits die Auswahl von Kandidaturen bewegt die Parteigliederungen weit im Vorfeld der Listenaufstellungen. Von der Auswahl der Genossinnen und Genossen, die die Politik der SPD in den Parlamenten und kommunalen Vertretungen oder Rathäusern verkörpern, hängt in der Binnen-, aber auch Außenwahrnehmung viel ab. Unsere Inhalte werden über Menschen vertreten, vermittelt und durchgesetzt.

Wir erleben insbesondere dort, wo amtierende Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sich erneut um eine Kandidatur für Mandate auf Landes- und Bundesebene bewerben, kaum Konkurrenzsituationen bei Wahlen, die eine Auswahl der Parteigliederungen zwischen alternativen Kandidaturen ermöglichen. Andererseits erleben einige Gliederungen auch zu wenige Kandidaturen für (kommunale) Listen oder Vorstände. Obwohl unsere Fraktionen vielfältiger geworden sind, kandidieren oftmals ähnliche "Personengruppen", d.h. sie ähneln sich

oft in der beruflichen Erfahrung, sind häufiger Männer als Frauen und sind bestimmten Regionen (z.B. Ortsvereinen oder Kreisverbänden) zuzuordnen (z.B. Beruf, Geschlecht, Region).

Die Bewerbungsverfahren sind dabei häufig nicht für alle potentiellen Kandidatinnen und Kandidaten nachvollziehbar. Dadurch fühlen sich viele potentielle Kandidat*innen auf allen Ebenen ausgeschlossen. Kandidat*innen sind auf manchen Ebenen unbekannt und können auf unterschiedliche Ressourcen zurückgreifen. Mögliche Kandidierende werden oftmals im Unklaren über die konkreten Anforderungen und Aufgaben gelassen. Unabhängig davon sind Kandidatinnen und Kandidaten dazu angehalten, ihre Initiative, Neugierde und ihren Enthusiasmus in den Bewerbungsprozess einzubringen.

Zum (selbst)kritischen Umgang mit Kandidaturen gehört für die aufstellenden Gremien auch, das Auswahlverhalten kritischer zu reflektieren und gleiche Rahmenbedingungen für alle Kandidierenden zu schaffen. Dies setzt eine offene Kultur für neue Kandidierende voraus, denen dafür dieselbe Unterstützung zuteilwerden muss wie den amtierenden Amts- und Mandatsträgerinnen bzw. -trägern. Wir wollen daher eine „Kultur der gleichen Chancen“ etablieren. Für diesen innerparteilichen, demokratischen Auswahlprozess sollte dabei das Grundverständnis bestehen, dass die Übernahme von Mandaten Verantwortung auf Zeit bedeutet.

Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

■ **Transparenz der Bewerbungsverfahren**

Der Landesparteitag erwartet von allen Gliederungen, spätestens mit Versand der Einladung zur Wahlversammlung einen Aufruf zur Kandidatur zu verschicken, in dem Fristen, Aufgaben, Anforderungen und das weitere Verfahren transparent dargestellt werden.

■ **Mindestanforderung bei Bewerbungsverfahren**

Variante A: Ein Auswahlverfahren bei öffentlichen Wahlen muss folgenden Mindestanforderungen entsprechen: parteiöffentliche Vorstellungsrunden, Versand der schriftlichen Bewerbungen, Berücksichtigung der unterschiedlichen zeitlichen und finanziellen Ressourcen (bspw. Fahrtkostenerstattung, Vorstellungen per Videochat)

Variante B: Ein Auswahlverfahren bei öffentlichen Wahlen muss folgenden Mindestanforderungen entsprechen: öffentliche Vorstellungsrunden mit Erstellung

eines Meinungsbildes, Versand der schriftlichen Bewerbungen, Berücksichtigung der unterschiedlichen zeitlichen und finanziellen Ressourcen (bspw. Fahrtkostenerstattung, Online-Vorstellungen).

■ **Arbeitsbeschreibung für Parteiämter**

Die jeweiligen Gliederungen legen vor der Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten für Parteiämter in geeigneter Weise das Programm sowie die Schwerpunkte und Zielsetzungen, die durch das Personentableau vertreten werden sollen, fest. Dies soll sicherstellen, dass ausgehend von der programmatischen Ausrichtung Kandidierende mit entsprechenden Profilen motiviert werden, sich zu bewerben.

■ **Patensystem**

Die Kreisverbände werden gebeten, ein Patensystem anzubieten, durch das potentielle Kandidat*innen auf allen Ebenen von erfahrenen Mitgliedern an die Hand genommen werden

■ **Unterstützung des Landesverbandes**

Der Landesverband erstellt einen Leitfaden zu Verfahren bei Kandidaturen für alle Ebenen und erarbeitet einen Ideenpool für verschiedene Veranstaltungsformate zur Vorstellung von Kandidat*innen.

■ **Amtszeitbegrenzung**

Variante A: Demokratie bedeutet immer Verantwortung auf Zeit. Die Auswahlgremien und alle Mandats- und Funktionsträger*innen sind in Verantwortung, diesem Umstand noch stärker als bisher Rechnung zu tragen. Eine formale Amtszeitbegrenzung streben wir derzeit nicht an.

Variante B: Demokratie bedeutet immer Verantwortung auf Zeit. Darum streben wir bei der Besetzung von Ämtern und Mandaten eine Amtszeitbegrenzung ein. Die maximale Dauer einer Amtszeit wird durch eine vom Landesparteirat einzurichtende Enquete-Kommission erörtert und dem Parteitag zur Beschlussfassung vorgelegt.

Variante C: Demokratie bedeutet immer Verantwortung auf Zeit. Darum streben wir bei der Besetzung von Ämtern und Mandaten eine Amtszeitbegrenzung ein. Die Begrenzung beträgt für Parteifunktionen ab Kreisverbandsebene und bezahlte Mandate max. vier aufeinander folgende Amtszeiten bzw. Wahlperioden.

Als übergeordnetes Ziel halten wir weiterhin daran fest, insbesondere Bewerberinnen systematisch zu stärken.

Faire Listenaufstellungen

Listenaufstellungen sind schwierige Verfahren, die unsere Parteigremien vor große Herausforderungen stellen. Wir freuen uns über jede und jeden, die oder der Verantwortung für die Partei übernimmt. Listenaufstellungen für öffentliche Wahlen haben in der Vergangenheit auf allen Ebenen immer wieder zu Unmut geführt. Im Zusammenhang mit Direktmandaten und Spitzenkandidaturen gibt es nach wie vor Defizite bei der gleichberechtigten Berücksichtigung von Frauen und Männern. Listenvorschläge berücksichtigen oftmals nicht die gesellschaftliche Breite in Bezug auf Alter, Beruf oder Herkunft. Regelmäßig führt das Prinzip, dass Amtsinhaber*innen bevorzugt aufgestellt werden zu Kritik. Mit abnehmendem Wahlerfolg produziert das Regionalitätsprinzip (Berücksichtigung auf Listen nach Herkunft aus Regionen) zunehmend Verlierer, weil nicht alle Regionen berücksichtigt werden können. Derzeit kann der Eindruck entstehen, dass Listenaufstellungen nicht immer auf einer Bestenauswahl, sondern auf intransparenten Kriterien beruhen.

Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

- **Auswahlverfahren der SpitzenkandidatInnen zur Europawahl**

Der Landesverband nominiert zur nächsten Europawahl gleichberechtigt eine Spitzenkandidatin und einen Spitzenkandidaten und setzt sich im Bundesverband dafür ein, dieses Verfahren für alle Landesverbände verbindlich einzuführen.

- **Auswahlverfahren bei Landes- und Bundeslisten**

Variante A: Die bisherigen Verfahren unserer Listenaufstellungen führen zu erkennbaren Defiziten. Dennoch streben wir derzeit keine Änderungen an. Der Landesvorstand und die Kreisvorstände werden aufgefordert, Listenvorschläge für öffentliche Wahlen den zuständigen Parteigremien mindestens eine Woche vorher bekanntzugeben.

Variante B: Der Landesvorstand beschränkt seinen Wahlvorschlag bei Landtags- und Bundestagswahlaufstellungen auf die vorderen Listenplätze. Die Kandidat*innen können sich im Vorfeld und während der Wahlkonferenz im Reißverschlussverfahren frei auf die Plätze der Liste bewerben. Die Kreisverbände werden aufgefordert diesem Beispiel bei ihren Wahlen zu folgen.

Variante C: Der Landesvorstand verzichtet auf einen Listenvorschlag bei Landtags- und Bundestagswahlaufstellungen. Die Kandidat*innen können sich im Vorfeld und

während der Wahlkonferenz im Reißverschlussverfahren frei auf die Plätze der Liste bewerben. Die Kreisverbände werden aufgefordert diesem Beispiel bei ihren Wahlen zu folgen.

■ **Nominierung der Kandidierenden**

Variante A: Unabhängig vom Verfahren der Listenaufstellung bei Landtags- und Bundestagswahlen erfolgt die Nominierung der Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten vor der Nominierung der Listenkandidatinnen und -kandidaten.

Variante B: Unabhängig vom Verfahren der Listenaufstellung bei Landtags- und Bundestagswahlen erfolgt die Nominierung der Listenkandidatinnen und -kandidaten vor der Nominierung der Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten. Die Kreisverbände werden aufgefordert diesem Beispiel bei ihren Wahlen zu folgen.

■ **Paritätisches Wahlrecht**

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, bis zum nächsten Landesparteitag einen Bericht vorzulegen, aus dem die Umsetzungsmöglichkeit für die Einführung eines paritätischen Wahlrechts in Schleswig-Holstein hervorgeht.

Seminare und Feedbackkultur

Bildungsarbeit hat in der SPD Schleswig-Holstein eine lange und erfolgreiche Tradition. Die Anforderungen an haupt- und ehrenamtlich Gewählte haben sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Von Bürgerinnen und Bürger werden schnell Reaktionen erwartet. Das Medienverhalten der Menschen ist vielfältiger geworden. Von den Gewählten wird immer mehr Kompetenz, Authentizität und Einfühlungsvermögen erwartet. Persönliche Angriffe auf Gewählte und politisch Engagierte sind leider immer mehr zum Alltag in der politischen Auseinandersetzung geworden. Wir stehen für eine andere politische Kultur und müssen in unserer Bildungsarbeit reagieren.

Daher richtet sich unsere Bildungsarbeit an Talente, Engagierte und zudem gezielt an Mandatsträgerinnen und -träger.

Zukünftig wollen wir die Vorbereitung von Auswahlprozessen und die Talentförderung noch stärker berücksichtigen. Darum erweitert der Landesverband das Seminar- und Schulungsangebot um die folgenden Bereiche:

- “Erfolgreiche Kandidaturen” - Vorbereitung von Kandidat*innen auf inner- und öffentliche Wahlverfahren
- Patensysteme für Kreisverbände - Verantwortliche erarbeiten gemeinsam eine Vorlage für ein Patensystem auf Kreisverbandsebene und stellen es anschließend in geeigneter Weise den Ortsvereinen vor
- Innovative innerparteiliche Veranstaltungen - Verantwortliche aus den Kreisverbänden erarbeiten gemeinsam eine Vorlage für innovative innerparteiliche Veranstaltungen, z.B. für Kandidaturverfahren
- Weiterentwicklung der Schulungsangebote der Landesebene: Talentmanagement, Teamentwicklung, Führungskräftebildung unter besonderer Berücksichtigung der Feedbackkultur
- Die Schulung von KommunalpolitikerInnen sehen wir als wichtige Aufgabe der Partei. Bestehende Angebote sollen möglichst ausgeweitet werden.
- Begleitung/Moderation von Klausurtagungen für die jeweiligen Ebenen/Gliederungen darunter (Landesebene → Kreisebene, Kreisebene → Ortsvereinsebene)
- Gezielte Coaching-Maßnahmen für politisch Verantwortliche
- Erstellung eines Führungs- und Feedbackleitfadens in Zusammenarbeit von Kreis-, Landes-Arbeitsgemeinschaften- und Landesvorstandsmitglieder zum Abruf auf der SPD-Homepage

Gleichzeitig wird ein „Talentpool“ etabliert, der es der Partei langfristig ermöglicht, mögliche Bewerberinnen und Bewerber für ehren- und hauptamtliche Funktionen zu gewinnen. Der Landesvorstand entwickelt in Abstimmung mit den Kreisvorsitzenden ein Maßnahmenpaket, um Talente zentral und gezielt ansprechen und fördern zu können. Die Kreisvorstände werden gebeten, ergänzende und eigene Konzepte zur Bildungsarbeit zu entwickeln.

Oberthema	Herausforderung	Lösungsansätze		
		“Ich-Ebene” (Was brauche ich?, Was muss ich tun?)	“Wir-Ebene” (vor Ort)	“SPD-Ebene” (Strukturen...)
„Hilfe ein (Neu-)mitglied“				
	Stärkung der Ortsvereine	Zuverlässigkeit; Verbindlichkeit Konflikte benennen Auch mal „Danke sagen“!	Regelmäßige Treffen Konflikte benennen Unterstützung organisieren Angebote nutzen Zusammenarbeit der OV's fördern Auch mal „Danke sagen“!	Angebote für Ortsvereine; neu gewählte OV-Vorsitzende (z.B. Satzung, Orga-Fragen, Konfliktmanagement, Mitgliederbetreuung) Zusammenarbeit der OVe fördern Auch mal „Danke sagen“! + Wertschätzungskultur
	"Hilfe ein Neumitglied" -Fähigkeiten erkennen -Intention akzeptieren	Willkommen „Ich freue mich über Dich!“ Auch Eigeninitiative	Ablauf der Begrüßungsschreiben (KV und OV) koordinieren (und ggf. per Post zustellen) Direkter Kontakt mit dem Neumitglied (OV) Angebote für OVe und Mitgliederbeauftragte schaffen. Themen: Patenschaften, Neumitgliedertreffen, Fähigkeiten der Neumitglieder erkennen und nutzen	Ablauf der Begrüßungsschreiben (Land und Bund) koordinieren und per Post zustellen Den Wert der Onlinebefragung bei Neumitgliedern hinterfragen und diese Daten auch den OV's zur Verfügung stellen Angebote für OV's und Mitgliederbeauftragte schaffen, um Mitgliederbindung zu erhöhen.
	Mitgliederbindung	Kontakt halten, dran bleiben	Bindung über Politische Arbeit und Aktivitäten „Nette“ Termine: Grünkohl, Fahrradtouren, etc Auf Mitgliederversammlungen Raum für politische Diskussionen lassen Offene Fraktionssitzungen	Geburtstage und Jubiläen nicht vergessen und auch schon vor der Ehrung am Tag des Jubiläums mal „Glückwunsch“ sagen (automatisiert unterstützt) Koordination und Austausch der Mitgliederbeauftragten

Oberthema	Herausforderung	Lösungsansätze		
		„Ich-Ebene“ (Was brauche ich?, Was muss ich tun?)	„Wir-Ebene“ (Vor Ort)	„SPD-Ebene“ (Strukturen)
Talente entdecken und fördern				
	Nadelöhr Ortsverein	Menschen in der Partei ansprechen, Aufgaben zu übernehmen	Klima der Solidarität entwickeln	Orte schaffen um Fähigkeiten und Talent einzubringen
	Talenten und Fähigkeiten von Genossinnen und Genossen werden nicht genutzt	Menschen ansprechen und ermutigen	Regelmäßige Ansprache der Genossinnen und Genossen	Talente-Datei entwickeln und pflegen
	Anforderungen an Politikerinnen und Politiker haben sich verändert Social Media „Wut-Bürger“	Lebenslanges Lernen Gegenseitiges Lernen als Haltung entwickeln	Kontinuierliche Weiterbildung in den Arbeitsplänen	flexiblen und ausreichende Bildungsangebote
	Führungspersonen dringen nicht durch	MUT haben	Kollektives Selbstbewusstsein	Auswahlverfahren als Mitgliederentscheid
	Aussichtsreiche Kandidatinnen und Kandidaten für Mandate und öffentliche Ämter mit SPD-Profil finden	Klima des glücklichen Scheiterns und der Mutes	Positiver Umgang mit möglichen Kandidatinnen und Kandidaten	Führungsaufgabe – Talentförderung verankern

Impulse der Kommission III

Oberthema	Herausforderung	Lösungsansätze		
		“Ich-Ebene” (Was brauche ich?, Was muss ich tun?)	“Wir-Ebene” (vor Ort)	“SPD-Ebene” (Strukturen...)
Verfahren bei Kandidaturen				
	Transparente Bewerbungsverfahren	Verfahren frühzeitig als Kandidat*in klären/ Klärung einfordern	Rundmail an die Vorsitzenden, damit sie sich vorbereiten können	einheitliche Verfahren und alle Termine bei einer Sitzung beschließen und allen Mitgliedern zukommen lassen “Kandidaturen-Aufruf” Verfahren von Wahlvorschlägen bei Vorstandswahlen überdenken Leitfaden für Verfahren bei Kandidaturen (für die unterschiedlichen Verfahren, z.B. Vorstand, Bundestag, Landtag, Kreistag)
	Kandidat*innen sind unbekannt	Vorstellungsrunden wahrnehmen	Vorstellungsrunden (immer) organisieren und Termine verbreiten	Wahlomat für Kandidierende Ideenpool für verschiedene Vorstellungsrundenformate
	unterschiedliche individuelle Ressourcen für Kandidatur		Budget auch vor Ort	Fahrtkostenerstattung für Kandidierende Zeit z.B. faire Zeitplanung
	Unkenntnis über Etappen des Bewerbungsverfahrens (Bew.Schreiben, Reden, ...)	Fragerunde anregen Leitfaden erstellen und durch Beispiele transparent machen	Fragerunden etablieren Leitfaden, wie kann ich Talente unterstützen vorhalten	Seminar: “Erfolgreiche Kandidaturen” Patensystem: Wer kandidieren will, sagt dem KV, etc. Bescheid, der einen Paten (mit Kandidaturerfahrung) vermittelt
	Faire Listenaufstellung	Für Listenplätze kandidieren Gespräch suchen	positive Kultur gegenüber mehreren Kandidaturen auf Listenplätze etablieren Neue und erfahrene Mitglieder mischen (Balance, Vielfalt)	neues Verfahren bei der Listenaufstellung etablieren z.B. Misch-Modelle (Teilvorschläge u.a.)
Auswahl Kandidaturen				
	Es gibt kaum Konkurrenzsituationen bei Wahlen	Mutig sein, Demokratie leben	offenen Umgang mit Kandidaturen leben (Kultur)/ “Konkurrenzsituationen” einfordern/ Kandidaturen anregen Kultur der gleichen Chancen (auch Mandatsträger*innen fangen bei einer neuen Kandidatur “von null” an)	vor jeder Wahl frühzeitig ein Seminar/Frageabend: was gibt es hier für Aufgaben, worum geht es bei der Wahl

Impulse der Kommission III

Oberthema	Herausforderungen	Lösungsansätze		
		“Ich-Ebene” (Was brauche ich?, Was muss ich tun?)	“Wir-Ebene” (vor Ort)	“SPD-Ebene” (Strukturen...)
	Es kandidieren zu wenige für Listen oder Vorstände	frühzeitige Wahlen bei VS-Sitzungen oder anderen Veranstaltungen zur Sprache bringen Öfter auch über das Thema Kandidatur sprechen und dafür sensibilisieren	Aufgabenportfolio mitschicken (“Welche Aufgaben habe ich im OV-Vorstand?”)	Handout: “Wie sieht eine gute Bewerbung aus?” Seminar: “Erfolgreiche Kandidaturen”
	Es kandidieren zu oft sehr ähnliche “Personengruppen” (z.B. Beruf, Geschlecht, Regional)	in allen meinen Kreisen das Thema “Kandidaturen” ansprechen	eigenes Personalangebot kritisch reflektieren (“Wer fehlt bei uns?”) Kandidatinnen systematisch stärken	Quotenregelung Fragerunde/Seminar in allen Strukturen (AGs, Vorstände) “Scouting-System” etablieren (mit diversen Auswahlkriterien) Integriertes Talentmanagementsystem
	Es kandidieren die selben Personen immer wieder	als Mentor*in fungieren andere Personen ansprechen	für alle Positionen, das Bewerbungsverfahren transparent machen für alle Positionen die gleichen Bewerbungsfristen setzen politische Rechenschaftsberichte verbindlich einfordern	Amtszeitbegrenzung offenere Kultur für neue Kandidaten etablieren (dieselbe Unterstützung geben, wie dem amtierenden Mandatsträger)
	ungeklärte Anforderungen an Abgeordnete	Leitbild “gute*r Abgeordnete*r”		Talentepool für strategisches Mitarbeitermanagement
In Führungspositionen/ Erfolgreiche Kandidatur				
	Kandidierende haben noch keinen vollständigen Überblick über viele Themen	Besuch von Seminarangeboten Eigeninitiative Auseinandersetzung mit dem Programm	den Blick auf das Wesentliche gewinnen (neben der individuellen Fachlichkeit)	Fachliche u. inhaltliche Seminarangebote schaffen/unterstützen Seminar/Weiterbildungen innerhalb der Partei finanziell unterstützen (z.B. WBH oder FES) Pflichtseminar einführen

Impulse der Kommission III

Oberthema	Herausforderungen	Lösungsansätze		
		“Ich-Ebene” (Was brauche ich?, Was muss ich tun?)	“Wir-Ebene” (vor Ort)	“SPD-Ebene” (Strukturen...)
	gute Feedbackkultur	durchgehen des Feedbackleitfadens Feedbackkultur vorleben	regelmäßige Feedbackrunden Feedbackleitfaden regelmäßig wiederholen	Erstellung eines Feedbackleitfadens “Richtiges Feedbackgeben” als Teil der Führungskräfte-schulung Feedbackzeit einplanen
	Kandidaturen stehen vor neuen organisatorischen Aufgaben	Einsatzbereitschaft Um Unterstützung werben sich informieren	externe Moderation einbinden Leitfaden erstellen	Seminar Teamentwicklung Musterprogramm für Strategieseminare/Klausurtagungen (flächendeckend)